
Hauptantrag

Initiator_nnen:

Titel: **EU Programm**

1 **Demokratie und Institutionen: Ein** 2 **handlungsfähiges Europa der Bürger_innen** 3 **Herausforderung**

4 „Die EU“ ist viel zu oft der Sündenbock, wenn auf nationaler politischer Ebene
5 etwas schief läuft. Die Regierungen schieben die Schuld für Mängel, Missstände
6 und Blockaden, die sie selbst verursacht haben, ab. Für die Unionsbürger_innen
7 ist es momentan sehr oft nicht nachvollziehbar, wer im komplexen politischen
8 Gebilde die Verantwortung trägt. Selbst dort, wo es Information und Transparenz
9 gibt, sind EU-Bürger_innen schlecht über die Kompetenzen und Tätigkeiten der
10 Union informiert.

11 Brüssel ist in der Wahrnehmung der Bürger_innen viel zu weit weg und bestehende
12 Beteiligungsinstrumente wie die Europäische Bürgerinitiative (EBI) sind
13 weitgehend unbekannt. Zugleich sind innovative Formen der Beteiligung stark
14 unterentwickelt. Die Bürger_innen haben also kaum Handhabe, den politischen
15 Stillstand durch Initiativen aufzubrechen. Dies führt dazu, dass ein
16 europäisches Bewusstsein und eine politische Identifikation mit der EU
17 unterentwickelt bleiben.

18 Unionsbürger_innen sind in ihrem Wahlrecht bei europäischen Wahlen
19 eingeschränkt. Sie können nicht die Kandidat_innen europaweit wählen, von denen
20 sie sich am besten vertreten fühlen, sondern ausschließlich jene aus ihrem
21 Heimatstaat. Die Europawahlen verkommen dadurch meist zu nationalen
22 Zwischenwahlen, die Wahlkämpfe zu rein innenpolitischen Auseinandersetzungen,
23 die wenig Bedeutung für die Zukunft Europas haben. Sie schaffen es so kaum, das
24 europäisch-politische Bewusstsein zu verstärken.

25 Die Krisen und Herausforderungen der Gegenwart haben zusammen mit der gehemmten
26 politischen Handlungsfähigkeit der EU in vielen Mitgliedstaaten zu einem
27 Aufschwung nationalistisch-populistischer Parteien geführt. Die Mitgliedsländer
28 entwickeln sich unterschiedlich schnell und die Idee eines gemeinsamen Europas
29 verliert in manchen Staaten immer mehr an Zustimmung. Es kommt vermehrt zu
30 Verletzungen der EU-Grundwerte. Die Europäische Union hat zu wenige und zu
31 schwache Instrumentarien, um dies zu sanktionieren. Aus diesen Entwicklungen und
32 dem Brexit werden Befürchtungen vor einem Zerfall der Union genährt.

33 Gleichzeitig gibt es unterschiedlich weit entwickelte europäische Staaten, denen
34 die Union mittel- oder langfristige Beitrittsperspektiven zugesichert hat.
35 Während einige der potenziellen zukünftigen Mitglieder Erfolge bei der
36 Annäherung verzeichnen können, scheinen sich andere nur wenig vorwärts zu
37 bewegen. Es besteht die Gefahr, dass die Bürger_innen jener Staaten sich als
38 Europäer_innen zweiter Klasse empfinden und andernorts Verbündete suchen.

39 **Vision**

40 Gemeinsam mit den Bürger_innen durchläuft Europa einen Reformprozess, der die
41 Vertiefung und Erweiterung der EU vorantreibt. Die Bürger_innen bringen sich
42 aktiv in den europäischen Diskurs ein und gestalten ein handlungsfähiges Europa.
43 Ein Europäischer Konvent führt gemeinsam mit europäischen Volksabstimmungen
44 dazu, dass bestehende Blockaden durchbrochen und Fragen der weiteren Integration
45 vorbereitet werden. Die europäischen Institutionen haben sich zu einer
46 leistungsfähigen Führung der europäischen Gemeinschaft entwickelt, die über eine
47 Politik des nationalen Minimalkonsenses hinausgeht. Sie agieren effizient und
48 transparent. Unser Europa ist ein Europa der Entbürokratisierung. Es steht für
49 eine Regelung anstelle von 27 verschiedenen.

50 Die an der Gesetzgebung beteiligten Institutionen befinden sich alle in Brüssel
51 und bilden den Grundstein für eine Weiterentwicklung Brüssels zu einer echten
52 europäischen Hauptstadt. Das Europäische Parlament besteht zu immer größeren
53 Teilen aus gesamteuropäisch gewählten Abgeordneten, die über Gesetzesvorschläge
54 für Europa entlang grundsätzlicher politischer Positionen und nicht auf Basis
55 nationalstaatlicher Zugehörigkeit diskutieren. Der Rat ist in eine zweite Kammer
56 des Parlaments weiterentwickelt, in der die nationalstaatlichen Interessen
57 vertreten werden. Die Kommission ist eine starke europäische Regierung mit
58 einem/einer direkt gewählten Regierungschef_in, der/die sich sein/ihr Team auf
59 der Basis von Qualifikation und Mehrheiten im Parlament zusammenstellt. Unsere
60 Vision der Vereinigten Staaten von Europa wird mit jedem Integrationsschritt
61 greifbarer. Die Bürger_innen Europas verstehen sich als europäische
62 Bürger_innen.

63 Die EU-Staaten respektieren, schützen und verteidigen die EU-Grundwerte. Wenn es
64 doch zu einer Verletzung dieser kommt, hat die Union effektive Sanktionen zur
65 Verfügung, um gegenüber dem betreffenden Staat die Einhaltung der Grundwerte und
66 der Rechtstaatlichkeit durchsetzen zu können.

67 **Leitlinien und Maßnahmen**

68 **Bürger_innen gestalten gemeinsam die Zukunft Europas**

70 Wir fordern die Einberufung eines Europäischen Konvents mit breiter
71 Bürger_innenbeteiligung. So bestehen die besten Chancen, nationalistisch-
72 engstirnige Widerstände und politische Blockaden zu überwinden. Repräsentativ
73 für die Bevölkerung ausgewählte Bürger_innen aus ganz Europa sollen gemeinsam
74 mit staatlichen und anderen nicht-staatlichen Akteuren darüber beraten, wie
75 unsere EU in Zukunft aussehen soll und wichtige Richtungsentscheidungen

76 vorbereiten. Diese Vorschläge sollen die Basis für eine Neugestaltung der
77 europäischen Verträge sein.

78 **Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger_innen**

79 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) muss reformiert werden. Gegenwärtig sind
80 für eine erfolgreiche EBI mindestens eine Million Unterstützungserklärungen aus
81 mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten notwendig. Dann muss die Kommission
82 innerhalb von drei Monaten eine Stellungnahme dazu vorlegen und Maßnahmen
83 vorschlagen, wenn das Thema in den Kompetenzbereich der Kommission fällt.
84 Allerdings ist bisher von der Kommission noch kein einziger Gesetzesvorschlag
85 aus einer EBI entstanden. Hier muss zumindest die Bereitschaft der Kommission
86 steigen, auf Bürger_innenanliegen einzugehen. Zusätzlich soll die Möglichkeit
87 einer europaweiten Volksabstimmung geschaffen werden. Eine bestimmte Anzahl von
88 Unterstützungserklärungen einer EBI sollen zu einer verbindlichen
89 Volksabstimmung über die Thematik führen. Bei diesen Volksabstimmungen soll eine
90 doppelte Mehrheit erforderlich sein: sowohl eine Mehrheit der europäischen
91 Bevölkerung als auch eine Mehrheit der Staaten muss den Vorschlag unterstützen.

92 **Reform der Europawahlen**

93 Wir setzen uns dafür ein, dass zumindest ein Teil der Abgeordneten zum
94 Europäischen Parlament über gesamteuropäische (transnationale) Listen gewählt
95 werden. Dies soll durch eine Zweitstimme geschehen. Um antreten zu dürfen,
96 müssen europäische Listen Kandidat_innen aus mehreren Mitgliedstaaten aufweisen.
97 So stellen wir einen europäischen Wahlkampf sicher, der die EU-Wahl aus der
98 Innenpolitik der Mitgliedstaaten heraushebt. Die über transnationale Listen
99 gewählten MEPs leisten ihren Beitrag zu einem europäisch-politischen
100 Bewusstsein. Gleichzeitig soll auch der/die Kommissionspräsident_in durch die
101 Bürger_innen direkt gewählt werden. Dies sichert einerseits die Legitimation
102 des/der Präsidenten/Präsidentin der Kommission und stärkt andererseits auch
103 dessen/deren Verbindung zu den Bürger_innen.

104 **Selbstbewusstes Europäisches Parlament mit zwei Kammern**

105 Das Europäische Parlament soll sich zu einem Ort entwickeln, an dem große
106 Debatten über die Zukunft der Europäischen Union stattfinden. Mit einem
107 verbesserten Wahlrecht ist es auch an der Zeit, dass dieses selbstbewusste
108 Arbeitsparlament das Recht der Gesetzesinitiative erhält (Initiativrecht). Die
109 historisch gewachsene Aufteilung des Europäischen Parlaments auf die drei
110 Arbeitsorte Straßburg (die meisten Plenarsitzungen), Brüssel (Ausschüsse und
111 Fraktionssitzungen) und Luxemburg (Generalsekretariat) ist nicht praktikabel.
112 Daher soll das Parlament einen einheitlichen Sitz in Brüssel haben. Langfristig
113 soll das Europäische Parlament ein Zweikammerparlament werden. In der zweiten
114 Kammer sollen die Interessen der Mitgliedstaaten vertreten werden - diese würde
115 also die Aufgaben des Rates übernehmen. Die Abgeordneten der zweiten Kammer
116 werden von den nationalen Parlamenten entsandt. Sie spiegeln in etwa die
117 politische Zusammensetzung der nationalen Parlamente wider.

118 **Effiziente Europäische Regierung ohne nationale Quoten**

119 Die Kommission muss überschaubarer und effizienter werden. Wie seit 2000 geplant
120 soll die Anzahl der europäischen Kommissar_innen von aktuell 28 auf höchstens 15
121 reduziert werden. Ein Rotationsverfahren muss eingerichtet werden, da so nicht
122 in jeder Runde jeder Mitgliedstaat eine/n Kommissar_in nominieren kann. Nachdem
123 die Mitglieder der Europäischen Kommission aber ohnehin nicht die Aufgabe haben,
124 ihren jeweiligen Mitgliedstaat zu vertreten, sondern die gesamte Union, ist das
125 kein Verlust für die Mitgliedstaaten. Österreich soll sich bereit erklären, in
126 der ersten Rotationsrunde auf eine/n eigene/n Kommissar_in zu verzichten und
127 Verbündete suchen, die dazu ebenfalls bereit sind. So wird die seit 2000
128 bestehende Blockade bei dieser Reform endlich beseitigt. Langfristig soll die
129 Kommission zu einer echten Regierung mit direkt gewähltem Regierungsoberhaupt
130 und von ihm/ihr ernannter Kommissar_innen ohne nationale Nominierungsansprüche
131 werden. Die politische Verantwortlichkeit gegenüber dem Europäischen Parlament
132 soll weiter ausgebaut werden. Diese Weiterentwicklung der Kommission darf aber
133 nicht zur Folge haben, dass die Kommission eine ihrer Hauptaufgaben, nämlich die
134 Verfolgung von Unionsrechtsverletzungen durch die Mitgliedstaaten, nicht mehr
135 erfüllen kann. Dazu könnte eine zu diesem Zweck eingerichtete Generaldirektion
136 weisungsfrei gestellt werden, um politische Einflussnahme auszuschließen. Die
137 Aufgabenverteilung zwischen Kommissionspräsident_in und Ratspräsident_in bleibt
138 von diesen Reformen unberührt.

139 **Mehr Kontrolle und Transparenz**

140 Die Bürger_innen haben ein Recht auf eine wirtschaftliche, sparsame und
141 zweckmäßige Verwendung ihrer Steuermittel. Der Europäische Rechnungshof soll
142 durch eine Reduktion der Mitglieder auf 15 (selbes Verfahren wie beim Vorschlag
143 für die Kommission) effizienter werden. Zusätzlich müssen die fachlichen
144 Anforderungen an die Mitglieder präzisiert werden. Das Europäische Amt für
145 Betrugsbekämpfung (OLAF) hat sich als effektives Mittel im Kampf gegen
146 Korruption erwiesen. Um für zukünftige Aufgaben gerüstet zu sein, müssen
147 Möglichkeiten geschaffen werden, nicht-kooperative nationale Behörden zu
148 sanktionieren. Beim Thema der Transparenz gibt es Nachholbedarf für die
149 Institutionen. Für die Bürger_innen schwer nachvollziehbare
150 Entscheidungsprozesse der EU sollen sichtbar gemacht werden. Zu diesem Zweck
151 soll sowohl im jetzt vorhandenen Rat, als auch in weiterer Folge in der zweiten
152 Kammer, das Stimmverhalten aller Regierungsvertreter_innen/Abgeordneten bei
153 Abstimmungen offengelegt werden. Somit sind Blockaden durch einzelne
154 Mitgliedstaaten für alle ersichtlich und können öffentlich debattiert werden.

155 **Sanktionen bei Verletzungen der EU-Grundwerte**

156 Die europäischen Mitgliedstaaten müssen im Sinne des Schutzes der europäischen
157 Grundwerte eine Reform des Artikel-7-Verfahrens (Suspendierung der
158 Mitgliedschaft) beschließen. Statt Einstimmigkeit soll eine Zweidrittelmehrheit
159 im Europäischen Rat genügen, um eine schwere anhaltende Verletzung der
160 Grundwerte festzustellen. Darüber hinaus sind auf europäischer Ebene andere
161 sinnvolle Instrumente zu finden, die man in einem solchen Fall einsetzen kann.
162 So könnte man, je nach Schwere der Grundwerteverletzung, etwa auch das

163 Stimmrecht nur teilweise, also in bestimmten Politikbereichen, für eine gewisse
164 Zeit aussetzen. Eine weitere mögliche Sanktion für besonders gravierende
165 Verletzungen der Grundwerte besteht darin, zukünftige EU-Fördermittel zu kürzen.
166 Mitgliedstaaten, die mit dieser Maßnahme belegt werden, würden im folgenden
167 Finanzrahmen geringere Mittel bekommen.

168 **Budget: eigene Einnahmen für ein Europa, das** 169 **lenkt**

170 **Herausforderung**

171 Wie man gerechte Steuersysteme und eine zeitgemäße Form der
172 Unternehmensbesteuerung in der digitalisierten Welt gestaltet, ist eine der
173 zentralen Fragen unserer Zeit. Momentan ist es so, dass die Europäische Union
174 keine eigenen Steuern einhebt und ihre Budgetautonomie stark begrenzt ist.
175 Vorschläge diesbezüglich liegen bereits am Tisch, aber anstatt mit starker
176 Stimme global den Weg vorzugeben, scheitert eine gemeinsame europäische Vision
177 an nationalstaatlichen Blockaden.

178 Eine einheitliche, koordinierte Budgetplanung ist durch das Europäische Semester
179 zwar eingerichtet, diesem fehlt es aber an einem Instrument, um die Empfehlungen
180 an die Mitgliedstaaten durchzusetzen. Die meisten nationalen Regierungen nutzen
181 die Niedrigzinsphase zu zögerlich für die notwendigen Wirtschafts- und
182 Strukturreformen. Diese Reformabstinentz ist eines der größten Risiken für die
183 Stabilität und eine koordinierte Budgetpolitik.

184 Eine Herausforderung ist auch die budgetäre Gewichtung der einzelnen
185 Politikbereiche. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist einer der größten
186 Budgetposten der Union und ist derzeit mit etwa 408 Mrd Euro dotiert. Das sind
187 fast 40 Prozent des gesamten EU-Budgets. Das meiste davon, über 70 Prozent, wird
188 als flächenbezogene Direktzahlung ausbezahlt und nur wenig als Entlohnung für
189 Maßnahmen, die den ländlichen Raum und die Umwelt stärken. Unternehmerisches
190 Denken und Innovationen in der Landwirtschaft sind durch die starke Abhängigkeit
191 von Förderungen wenig gefragt. Das schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der
192 landwirtschaftlichen Betriebe.

193 Reformbedürftig ist auch die Strukturpolitik der Union. 2014 bis 2020 werden
194 dafür rund 350 Mrd Euro, ein Drittel des EU-Haushalts, aufgewendet. Einst nur
195 für strukturschwache Gegenden der Mitgliedstaaten gedacht, fließen die
196 Fördergelder heute auch in sehr reiche Regionen – mit suboptimalen
197 Verteilungseffekten, die einer heimlichen Ersatzwirtschaftspolitik gleichen. In
198 ein paar EU-Staaten besteht auch das Problem, dass riesige Regionalfördergelder
199 gar nicht abgerufen werden, weil es an geeigneten Projekten mangelt oder die
200 lokalen Behörden nicht fähig oder unwillig sind, solche zu starten oder zu
201 unterstützen. Das ursprüngliche Ziel, die Verhinderung eines (weiteren)
202 wirtschaftlichen Auseinanderdriftens der Mitgliedstaaten, wurde aus den Augen
203 verloren.

204 **Vision**

205 Die EU hat eigene Finanzierungsquellen für den EU-Haushalt. Ein substantieller
206 Teil des EU-Haushalts wird durch einen europaweit eingehobenen Beitrag aus einer

207 CO2-Abgabe und einem Anteil an der Körperschaftsteuer, die auch die
208 Digitalwirtschaft angemessen berücksichtigt, eingehoben. Eine Neuordnung der
209 Aufgaben der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten führt zu einer klaren
210 Zuteilung der Mittel auf EU-Ebene.

211 Förderungen werden nach dem Vorbild des Juncker-Plans größtenteils als
212 Ankerinvestments eingesetzt, um private Investitionen anzustoßen. Entsprechende
213 Wirkungs- und Investitionsziele stellen sicher, dass Fördergelder effektiv und
214 effizient eingesetzt werden.

215 Das Europäische Semester und dessen länderspezifische Empfehlungen werden
216 ernstgenommen. Für die Durchführung von Reformen im Zusammenhang mit den
217 Empfehlungen erhalten die Mitgliedstaaten eigene EU-Mittel. Die Reformen stärken
218 vor allem die Widerstandsfähigkeit der betroffenen Volkswirtschaften und haben
219 positive Übertragungs-Effekte auf andere Mitgliedstaaten.

220 Die Agrarpolitik wird zur Politik für alle Bürger_innen und nicht nur für eine
221 Berufsgruppe. Die verschlankte und innovative Gemeinsame Agrarpolitik ist
222 Wirtschafts- und Umweltpolitik und nicht Sozial- oder Umverteilungspolitik. Die
223 Strukturpolitik wird reformiert und vereinfacht und die Mittel daraus kommen
224 wieder hauptsächlich strukturschwachen Regionen zugute.

225 **Leitlinien und Maßnahmen**

226 **Umdenken im EU-Budgetprozess**

227 Wir fordern, dass der Budgetprozess für den mehrjährigen Finanzrahmen zusammen
228 mit einer Neuordnung der Kompetenzen von Union und Mitgliedstaaten einhergeht.
229 Wir wollen dafür sorgen, dass die Union über jene Budgetmittel selbst verfügen
230 kann, die für die Erfüllung von Unionskompetenzen nötig sind. So sprechen zum
231 Beispiel bedeutende Skalenvorteile dafür, die europäischen Verteidigungsausgaben
232 auf EU-Ebene anzusiedeln und aus der Verteidigungspolitik mehrheitlich eine
233 europäische Kompetenz zu machen, um teure Doppelgleisigkeiten zu vermeiden.
234 Aktuell gibt es in den Verhandlungen eine starke Fixierung auf Nettozahler-
235 Positionen und ein starkes Konkurrenzdenken zwischen den Mitgliedstaaten. Fast
236 jeder Staat versucht, die besten Transferleistungen bei möglichst niedrigen
237 Beiträgen für sich herauszuholen. Leider verhindert dieser Fokus einen
238 rationalen Diskurs über eine Kompetenzverteilung zwischen EU und
239 Mitgliedstaaten, die Effizienz und den effektiven Einsatz von Budgetmitteln in
240 den Fokus stellt.

241 **Finanzierung über EU-Steuern statt Mitgliedsbeiträgen**

242 Die EU braucht eine Zusammenführung von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung,
243 um
244 eine sparsame Mittelverwendung sicherzustellen. Daher soll sich die Europäische
245 Union nicht länger primär über Beiträge der Mitgliedstaaten finanzieren, sondern
246 selbst Steuern einheben. Dafür sollen Abgaben, die europaweit harmonisiert sind,
247 direkt ins EU-Budget fließen. Ein möglichst verantwortungsvoller Umgang mit dem
248 Budget und ein effektiver Einsatz der Mittel ist dann am besten gewährleistet,
249 wenn jene, die das Budget ausgeben, die Steuern auch einheben. **Die Europäische**

250 **Kommission bekommt eine/n Finanzminister_in, der/die** für die Einnahmen-
251 Administration verantwortlich ist und sich für ein volldigitales System
252 einsetzt. Mehrere Formen von EU-Einnahmen können wir uns in einem ersten Schritt
253 vorstellen: Ein Anteil an der Körperschaftsteuer, die auch durch Einnahmen aus
254 der digitalen Betriebsstätte ergänzt wird, und eine CO2-Abgabe (bzw. Einnahmen
255 aus dem Emissionshandel).

256 **Europäischer Anteil an der Unternehmenssteuer/Körperschaftsteuer (KöSt)**

257 Mittels einer einheitlichen, EU-weiten Bemessungsgrundlage kann die KöSt zur EU-
258 Finanzierung genutzt werden. Die Kommission hat bereits Vorschläge zu einer
259 gemeinsamen und konsolidierten KöSt-Bemessungsgrundlage gemacht, die wir
260 unterstützen. Wir schlagen vor, Erträge im Ausmaß von sieben Prozent dieser
261 gemeinsamen (konsolidierten) KöSt-Bemessungsgrundlage der EU als Eigenmittel zur
262 Verfügung zu stellen. Die EU-Beiträge der Mitgliedstaaten sollen dementsprechend
263 gesenkt werden. Diese sieben Prozent sind gleichzeitig der Mindestsatz für die
264 jeweiligen Mitgliedstaaten und werden direkt der EU abgeliefert. Die
265 Mitgliedstaaten können darüber hinaus nationale Körperschaftssteuern selbst
266 einheben.

267 **Digitale Betriebsstätten und Infrastrukturausgaben auf europäischer Ebene**

268 Wir fordern eine zukunftsfähige Definition der Betriebsstätte bei fehlender oder
269 geringer physischer Unternehmenspräsenz in den nationalen Steuergesetzen sowie
270 in den Doppelbesteuerungsabkommen. Um Gewinne der digitalen Wirtschaft und neu
271 entstehender Branchen am Ort des Umsatzes besteuern zu können, wird eine
272 Betriebsstätte nicht nur durch eine feste Betriebsstätte, sondern auch durch
273 eine länger als sechs Monate dauernde wirtschaftliche Tätigkeit begründet.
274 Entstehen durch diese Maßnahme zusätzliche EU-Einnahmen über den vorgeschlagenen
275 EU-Anteil der KöSt, sollen diese zusätzlichen Mittel für eine digitale
276 Gründerzeit und den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Europa genutzt werden,
277 um Europas Wettbewerbsfähigkeit in diesem Wirtschaftsbereich zu sichern.

278 **Europaweite CO2-Abgabe und Einnahmen aus dem Emissionshandel**

279 Die Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem sollen nicht wie bisher an die
280 Mitgliedstaaten gehen und danach über ein komplexes System unter den
281 Mitgliedstaaten umgeschichtet werden. Wir fordern, dass die Einnahmen zu 50% in
282 einen Klimafonds und zu 50% ins allgemeine Budget fließen. Die Einnahmen aus der
283 europaweiten CO2-Abgabe (**siehe Kapitel Umwelt & Energie**) sollen analog zum
284 Modell für die KöSt (**siehe oben**) bis zum Mindestsatz der EU als Eigenmittel zur
285 Verfügung stehen. Dabei soll ebenfalls ein gewisser Anteil für einen Klimafonds
286 vorgesehen sein. Über den Mindestsatz hinausgehende Einnahmen bleiben in den
287 Mitgliedstaaten.

288 **Anreize für Reformen**

289 Das Europäische Semester soll dahingehend weiterentwickelt werden, dass die
290 Kommission nicht nur Empfehlungen ausgibt, sondern auch Anreize für Reformen
291 setzt. Die Durchführung von Reformen muss daher mit einer finanziellen

292 Unterstützung durch die Europäische Union verbunden werden. Damit kann
293 Reformabstinenz beseitigt werden. In einer Testphase könnten dafür Mittel des
294 Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Sozialfonds
295 und/oder des Kohäsionsfonds eingesetzt werden. Zukünftig soll in den
296 mehrjährigen Finanzrahmen ein gesonderter Posten für die "Reformförderung" mit
297 ausreichenden Mitteln vorgesehen werden.

298 **Innovative, schlanke und umweltfreundliche Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)**

299 Mit der sukzessiven Erweiterung der EU-Kompetenzen und damit neu balancierten
300 Budgets sollen auch Mittel von der Gemeinsamen Agrarpolitik in Zukunftsprojekte
301 umgeschichtet werden. Wir fordern eine sukzessive Reduktion des Volumens der GAP
302 über einen längeren Zeitraum hinweg. Innerhalb der GAP fordern wir eine noch
303 stärkere Umschichtung der Mittel hin zu Umwelt-Dienstleistungen der
304 Landwirtschaft (Gewässerschutz, Pestizidreduktion, Biodiversität). In den
305 folgenden mehrjährigen Finanzrahmen sollen die Mittel für die GAP insgesamt
306 jeweils um 20% reduziert werden, um Innovationen, Unternehmertum und damit
307 Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft zu stärken. Durch die Einhaltung
308 dieses strikten Fahrplans wird Planungssicherheit für die Landwirt_innen
309 sichergestellt. Die freiwerdenden Mittel können für zukunftssträchtige,
310 gemeinschaftliche Projekte eingesetzt werden. Eine stärker nach Kriterien der
311 Nachhaltigkeit gestaltete Gemeinsame Agrarpolitik der EU könnte ein effektives
312 Mittel des europäischen Klima- und Umweltschutzes sein.

313 **Reform der Strukturpolitik**

314 Wir fordern die Konzentration der Strukturfonds auf die weniger entwickelten
315 Gebiete und die Übergangsregionen mit dem Ziel des nachhaltigen Aufbaus der
316 regionalen Wettbewerbsfähigkeit und der sozialen Kohäsion. Es soll keine
317 Unterstützung mehr für Regionen geben, deren Bewohner_innen über ein
318 Durchschnitts-Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 110% des Durchschnitts-Pro-Kopf-
319 Einkommens des jeweiligen Mitgliedstaats verfügen. Außerdem unterstützen wir die
320 intensivere Förderung für grenzüberschreitende und regionsübergreifende
321 Kooperationen aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung
322 (EFRE), bei denen es einen klaren europäischen Mehrwert gibt. Rumänien und
323 Bulgarien sind leider Negativbeispiele dafür, dass die Projektsetzung von
324 Qualität und Willen der Behörden der Empfängerländer abhängig ist. Die
325 bereitgestellten Fördermittel werden nicht ausgenutzt und nur mit jahrelanger
326 Verlängerung – verspätet und qualitativ oft unzureichend – aufgebraucht. Wir
327 treten für eine Änderung des Vergabesystems für Länder mit schlechter Projekt-
328 und Mittelausnutzung ein. Künftig sollen dort Förderprojekte direkt von der EU-
329 Kommission ausgewählt und bezuschusst werden. Das hat auch den Vorteil, dass die
330 Korruptionsanfälligkeit mancher lokalen Behörden umgangen wird.

331 **Finanzen: fairer Steuerwettbewerb in einer** 332 **stabilen Wirtschafts- und Währungsunion** 333 **Herausforderung**

334 Rund zehn Jahre nach der Krise kämpft die Eurozone immer noch mit erheblichen
335 Problemen. Überhöhte Staatsschulden, niedrige Zinsen, teuer erkaufte

336 Wirtschaftswachstum und fehlende Strukturreformen sorgen weiterhin für große
337 Probleme. Der Europäische Stabilitätsmechanismus, der als Notfallinstrument in
338 der Krise geschaffen wurde, ist noch immer nicht in der Europäische Union
339 institutionalisiert. Ein Masterplan scheitert meist an den unterschiedlichen
340 nationalstaatlichen Interessen. Jedoch wäre jetzt die Zeit, vorausschauend zu
341 handeln, um im Fall einer Krise wirkungsvolle Maßnahmen zur Staatenrettung
342 setzen zu können. Instrumente zur Bekämpfung von länder- oder
343 regionsspezifischen Schocks und Krisen (vor allem ESM) werden zu wenig auf
344 mittel- und langfristige effektive Risikoteilung, budgetäre Anreize und
345 fiskalische Stabilisierung ausgelegt.

346 Momentan geht eine bessere Abstimmung der Steuer- und Abgabensysteme der
347 Mitgliedstaaten nur schleppend voran. Die (teils legalen) Steuerschlupflöcher
348 stellen nach wie vor eine große Herausforderung für die Europäische Union dar.

349 Eine gemeinsame Währung sollte die Zuverlässigkeit des europäischen
350 Finanzsystems gewährleisten. Leider fehlt bis heute ein wirkungsvoller
351 Stabilitätsmechanismus, der im Falle einer Krise unsere Währung schützt.

352 Aktuell legt die EZB die Geldpolitik für das Euro-Währungsgebiet fest, übernimmt
353 aber gleichzeitig - zumindest teilweise - die Funktion der Europäische
354 Bankenaufsicht. Während das Hauptziel der EZB Preisstabilität ist, zielt die
355 Finanzmarktaufsicht auf Finanzmarktstabilität ab. Durch diese Doppelfunktion
356 entstehen Zielkonflikte.

357 Immer noch sucht man in der Europäischen Union nach den geeigneten Instrumenten,
358 die Währungs- und Staatsschuldenkrise in den Griff zu bekommen. Durch die
359 anhaltende Niedrigzinspolitik in Zeiten der Hochkonjunktur verliert die EZB
360 zukünftigen Handlungsspielraum, um auf einen Wirtschaftsabschwung zu reagieren.

361 In der gegenwärtigen Situation verschiebt die Umsetzung der Bankenunion das
362 Risiko maroder Banken zu Lasten der Bürger_innen jener Länder, in denen die
363 Banken saniert sind. Voraussetzung für eine sinnvolle Bankenunion wäre eine
364 erfolgreiche Sanierung der Bankenwirtschaft in allen teilnehmenden Ländern.

365 Für Verunsicherung sorgt nach wie vor die Diskussion über Eurobonds. Eine
366 gemeinschaftliche Haftung für die Schulden der Euro-Staaten wäre unter den
367 gegebenen Umständen problematisch. Denn dadurch wären Haftung und Verantwortung
368 voneinander getrennt und die Gläubigerländer hätten keine Kontrolle über die
369 Schuldenaufnahme in Schuldnerländern.

370 Das BIP ist nur noch begrenzt in der Lage, den Strukturwandel von der
371 "dinglichen" Industrie zur "unsichtbaren" Dienstleistungs- und
372 Wissensgesellschaft abzubilden. Daher kann im Zeitalter der Digitalisierung das
373 BIP nicht immer als Gradmesser für das Wirtschaftsklima herangezogen werden.

374 **Vision**

375 Die Europäische Union hat die Folgen der Finanzkrise überwunden und die
376 richtigen Schlüsse gezogen. Ein wirkungsvoller und unabhängiger Europäischer
377 Währungsfonds (EWF) ermöglicht im Krisenfall die Handlungsfähigkeit und

378 Glaubwürdigkeit. Außerdem überwacht der unabhängige EWF anstelle der
379 Europäischen Kommission die Verschuldungsregeln. Eurobonds und somit eine
380 Vergemeinschaftung der Schulden wurden und werden nicht realisiert.

381 Steuergerechtigkeit ermöglicht endlich einen fairen Wettbewerb. Die Vorschläge
382 der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der Steuervermeidung werden in enger
383 Zusammenarbeit mit der OECD Schritt für Schritt umgesetzt und führen letztlich
384 auch zu niedrigen Steuersätzen.

385 Der Euro ist eine der wichtigsten Weltwährungen und unterstützt die
386 internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen. Die
387 Währungsunion fördert weiterhin den barrierefreien Handel innerhalb des
388 europäischen Binnenmarktes und erleichtert das Reisen und Einkaufen für die
389 Bürger_innen.

390 Die EZB beschränkt sich auf ihre Kernaufgabe und ist erfolgreiche Hüterin der
391 Preisstabilität.

392 In der Bankenunion wurde der einheitliche Abwicklungsfonds (Single Resolution
393 Fund, SRF) zu einem funktionierenden Bail-in Mechanismus ausgebaut, in den die
394 Banken selbst einzahlen und dem ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.

395 Neben dem BIP werden zusätzliche Parameter wie Gesundheit, Bildung oder
396 Nachhaltigkeit zur Messung von Wohlstand und Fortschritt herangezogen. Dies
397 hilft bei der Planung zukunftsweisender Politik.

398 **Leitlinien und Maßnahmen**

399 **Weiterentwicklung des ESM zu einem schlagkräftigen Europäischen Währungsfonds** 400 **(EWF)**

401 Es braucht einen Mittelweg zwischen dem sturen Beharren auf der souveränen
402 Selbstverantwortung der Mitgliedstaaten und der weitergehenden
403 Vergemeinschaftung sowie zentralen Steuerung der Wirtschaftspolitik mit einem
404 finanziellen Lastenausgleich zwischen strukturstärkeren und -schwächeren
405 Mitgliedstaaten. Wir fordern die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds
406 (EWF) auf Grundlage des Gemeinschaftsrechts, der die Stabilität der Eurozone
407 gewährleistet. Mit dem Europäischen Währungsfonds (EWF) soll ein dauerhafter und
408 unabhängiger Rechtsnachfolger für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)
409 geschaffen werden. Hauptziel des EWF ist die finanzielle Stabilitätshilfe für
410 Krisenländer im Euroraum. Als unabhängiges Gremium sorgt der EWF durch
411 Geldmarktgeschäfte und Emissionen am Kapitalmarkt für die Beschaffung von
412 Geldmitteln für in Not geratene Euro-Staaten. Die Unabhängigkeit des EWF soll
413 langfristig zu einer Entpolitisierung des Re-Finanzierungsprozesses für in
414 Zahlungsnot geratene Euro-Staaten führen. Regelmäßiger Austausch eines solchen
415 Europäischen Währungsfonds mit den Euro-Mitgliedstaaten über aufkommende Risiken
416 sollen zu proaktivem Handeln führen und den Reformprozess in Euro-Staaten mit
417 finanziellen Engpässen vorantreiben. Zu diesem Zwecke soll der EWF auch die
418 Überwachung der Verschuldungsregeln von der Europäischen Kommission übernehmen.
419 Verstöße gegen den Stabilitätspakt sind keine politischen Bewertungen, sondern

420 basieren auf Zahlen, Daten und Fakten. Eine weitere Vergemeinschaftung der
421 Schulden etwa durch Eurobonds kommt für NEOS nicht in Frage.

422 **Weiterentwicklung des ESM bzw. Europäischen Währungsfonds (EWF)**

423 Die Stabilität der Eurozone soll durch einen Europäischen Währungsfonds (EWF)
424 auf Grundlage des Gemeinschaftsrechts gewährleistet werden. Mit dem Europäischen
425 Währungsfonds (EWF) soll ein dauerhafter und unabhängiger Rechtsnachfolger für
426 den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geschaffen werden. Hauptziel des
427 EWF ist die finanzielle Stabilitätshilfe für Krisenländer im Euroraum. Als
428 unabhängiges Gremium sorgt der EWF durch Geldmarktgeschäfte und Emissionen am
429 Kapitalmarkt für die Beschaffung von Geldmitteln für in Not geratene Euro-
430 Staaten. Die Unabhängigkeit des EWF soll langfristig zu einer Entpolitisierung
431 des Re-Finanzierungsprozesses für in Zahlungsnot geratene Euro-Staaten führen.
432 Regelmäßiger Austausch eines solchen Europäischen Währungsfonds mit den Euro-
433 Mitgliedstaaten über aufkommende Risiken sollen zu proaktivem Handeln führen und
434 den Reformprozess in Euro-Staaten mit finanziellen Engpässen vorantreiben.

435 **Kein Steuergeld für Hilfen des EWF**

436 Private Gläubiger_innen haften direkt und eventuell zusätzlich auch über
437 Pensionsfonds und Lebensversicherungen für die Investments an überschuldeten
438 Staaten. Werden Mittel aus dem Europäischen Währungsfonds in Anspruch genommen,
439 sollen Staatsanleihen nicht übernommen werden können, sondern werden automatisch
440 verlängert. So soll sichergestellt werden, dass Hilfszahlungen für neue
441 Investitionen genutzt werden und nicht zur Rettung von Gläubiger_innen. Das
442 führt dazu, dass EWF die Gläubiger_innen nicht mehr auslöst, wenn der Krisen-
443 Staat seine Schulden nicht mehr tragen kann. Die Marktpreise für alte Anleihen
444 werden folglich fallen. Die entsprechenden Abschreibungen müssen Gläubiger_innen
445 bzw. Spekulant_innen tragen.

446 **Insolvenzrecht für Staaten**

447 Wir fordern ein Insolvenzrecht für Staaten der Eurozone, das den Mitgliedern der
448 Währungsunion die Möglichkeit gibt, in einem regelgeleiteten Verfahren ihre
449 Schulden tragfähigkeit wiederherzustellen. Dies soll im Krisenfall ungeordnete
450 Verfahren, Planungsunsicherheit und Fehlanreize verhindern und dazu beitragen,
451 die Zahlungsfähigkeit von Krisenländern schneller wiederherzustellen. Das
452 Staateninsolvenzrecht muss auf verbindlichen Regeln für alle Beteiligten
453 basieren und mit einem klaren Reformprogramm verbunden sein. Letzteres soll
454 ebenfalls vom EWF überwacht werden.

455 **Teilung der Kompetenzen der Europäischen Zentralbank (EZB)**

456 Wir fordern, dass sich die EZB an ihr ursprüngliches Mandat der
457 Währungsstabilität hält und nicht monetäre Staatsfinanzierung durch die
458 Hintertüre betreibt. Das vorrangige Ziel der europäischen Zentralbank ist die
459 Gewährleistung von Preisstabilität, damit die Kaufkraft der gemeinsamen Währung
460 erhalten bleibt. Durch die Genehmigung von Liquiditätsmittel soll eine
461 Inflationsrate knapp unter 2% erreicht werden. Um den Fokus der EZB wieder
462 stärker auf ihre Hauptaufgabe für das Euro-Währungsgebiet zu legen, werden die

463 Aufgaben der Bankenaufsicht und die Re-Finanzierung von Staaten mit
464 Finanzproblemen von der Europäischen Finanzmarktaufsicht und dem EWF ausgeführt.

465 **Handlungsfähiger Abwicklungsmechanismus für die Bankenunion**

466 Wir wollen einen stringenten und handlungsfähigen Abwicklungsmechanismus bei
467 Banken Krisen. Das System, dass Kosten auf die Allgemeinheit umgewälzt werden,
468 während der Nutzen dem engen Stakeholder-Kreis zugutekommt, muss der
469 Vergangenheit angehören. Daher fordern wir einen glaubhaften Übergang vom Bail-
470 out zum Bail-in. Wir sehen eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung auf
471 europäischer Ebene kritisch, setzen uns aber für eine Harmonisierung der
472 Absicherung ein. Die Einlagensicherung muss an die nationale Kaufkraft angepasst
473 werden. Kleinere Sparkassen, Volks- und Genossenschaftsbanken (nach der
474 Definition der EZB "Less Significant Institutions") sollen von Zahlungen in den
475 Abwicklungsfonds ausgenommen werden.

476 **Bekämpfung der Steuervermeidung**

477 Wir wollen ein einfacheres, faireres und stabileres Umfeld für Unternehmen
478 verwirklichen. Nur wenn es europaweit einheitliche Grundregeln gibt, kann ein
479 fairer und transparenter Wettbewerb stattfinden. Schlupflöcher und steuerliches
480 Untertauchen müssen effektiv bekämpft werden. Dafür braucht es unter anderem
481 eine EU-weite, effiziente Umsetzung der Anti-Tax-Avoidance Directive (ATAD) bzw.
482 Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung. Diese schlägt fünf
483 rechtsverbindliche Maßnahmen gegen Missbrauch vor, die alle Mitgliedstaaten
484 gegen aggressive Steuerplanung durchsetzen müssen. Diese sind:
485 Hinzurechnungsbesteuerung, Switch-over Klausel, Wegzugsbesteuerung,
486 Hinzurechnungsmethode und Methodenwechsel.

487 **Fairer Steuerwettbewerb mit gleichen Vorzeichen**

488 Wir fordern eine einzige Steuererklärung für Unternehmen für alle ihre EU-
489 Aktivitäten. Dafür braucht es ein harmonisiertes System zur Berechnung der
490 steuerpflichtigen Gewinne von Unternehmen in der EU. Die gemeinsame
491 (konsolidierte) Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (G(K)KB) bzw. Common
492 Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) ist ein mächtiges Instrument zur
493 Bekämpfung der Steuervermeidung.

494 **Umsetzung der OECD-Empfehlungen und bessere Abstimmung der Steuersysteme**

495 Wir setzen uns für eine Harmonisierung der bilateralen
496 Doppelbesteuerungsabkommen von EU-Staaten ein. Zusätzlich fordern wir eine
497 zeitnahe Übernahme der OECD Updates in der EU mit dem Ziel eines EU-weit
498 einheitlichen Standardabkommens. Des Weiteren braucht es eine bessere Abstimmung
499 und Vereinfachung des Umsatzsteuer-Systems: Einen großen Teil der
500 Steuervermeidung in Europa, insbesondere im digitalen Bereich, macht die
501 Umsatzsteuerumgehung aus. Am besten zu lösen wäre dies durch ein generelles
502 Reverse-Charge-System (also der Übergang der Steuerschuld auf den
503 Leistungsempfänger) für die Abfuhr der Umsatzsteuer zwischen inländischen
504 Unternehmen sowie entsprechendes Reverse-Charge-System auf europäischer Ebene.

505 Langfristiges Ziel ist, dass nur mehr der/die Letzte in der Wertschöpfungskette
506 die Umsatzsteuer deklariert und abführt.

507 **Wirtschaftswachstum neu messen**

508 Wir stehen für neue Maßeinheiten zur Bewertung des wirtschaftlichen Erfolgs von
509 alternativen Kennzahlen zur Messung des Wohlstandes. Alternative zusätzliche
510 Indikatoren umfassen beispielsweise Daten zu Gesundheit, Bildung, Zufriedenheit.
511 Damit können wir Wohlstand und Lebensqualität besser abbilden. Wir fordern
512 daher, dass entsprechende Parameter als Beilage zum BIP in den entsprechenden
513 Länderberichten der EU-Kommission stärker zum Ausdruck kommen.

514 **Außenpolitik: Europa als selbstbewusster** 515 **globaler Akteur** 516 **Herausforderung**

517 Die Europäische Union steht als globaler Akteur unter dem Druck nationalistisch
518 und rücksichtslos agierender Mächte wie den USA, China und Russland. Vielerorts
519 zeichnet sich ein Trend zu einer illiberalen Welt ab. Wir beobachten eine Abkehr
520 vom Multilateralismus, von einer Internationalen Rechtsordnung und ihrem Ersatz
521 durch reine Machtpolitik. Die EU agiert nach wie vor nicht einheitlich und hat
522 so diesem Trend wenig entgegenzusetzen.

523 Das Engagement großer handelspolitischer Mächte für eine Handelspolitik mit
524 hohen Standards geht zurück. Vielmehr wird der Abschluss stabiler und
525 transparenter Handelsabkommen oft von nationalistischer, protektionistischer
526 Politik blockiert. Das macht die EU z.B. im Fall von Handelskriegen verwundbar.

527 In der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) sind die EU-Mitgliedstaaten zwar
528 weltweit der größte Geldgeber, doch die bilateralen Maßnahmen sind nicht
529 aufeinander abgestimmt. Sie werden von Partikularinteressen gesteuert und die
530 Beiträge sinken.

531 Rüstungsexporte in Drittstaaten werfen für die Europäische Gemeinschaft
532 regelmäßig schwierige ethische Fragen auf. Gleich mehrere EU-Staaten befinden
533 sich in der Liste der größten Waffenexporteure der Welt. EU-Staaten exportieren
534 nach wie vor in Staaten mit problematischer Haltung zu Menschenrechten und an
535 autoritäre Systeme, von denen einige auch in gewaltsame Konflikte involviert
536 sind. Die Rüstungsexportkontrolle auf europäischer Ebene gewährleistet in ihrer
537 gegenwärtigen Form weder, dass diese Exporte mit den europäischen Werten im
538 Einklang sind, noch sorgen sie innereuropäisch für gleiche
539 Wettbewerbsvoraussetzungen.

540 Trotz zahlreicher Bemühungen der Europäischen Union gibt es weiterhin in vielen
541 Staaten des Westbalkans große Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit und dem Kampf
542 gegen Korruption und organisiertes Verbrechen. Gleichzeitig ist die
543 Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen, hoch. Die Region wird zunehmend
544 zum Spielball anderer geopolitischer Mächte und ist anfällig für radikales
545 Gedankengut und politische Hoffnungslosigkeit.

546 Die Türkei – lange ein verlässlicher Partner in Sachen Handel und Sicherheit –
547 wendet sich in den letzten Jahren von europäischen Werten ab. Der systematische

548 Kampf gegen liberales Gedankengut, gegen die Meinungs- und Pressefreiheit,
549 schließt derzeit einen Beitritt der Türkei zur EU aus.

550 Durch die Entscheidung der Briten für den Austritt aus der EU ist Großbritannien
551 innenpolitisch ins Chaos geschlittert. Die Gestaltung eines zukünftigen
552 Verhältnisses zwischen den Briten und der Union gestaltet sich schwierig. Zudem
553 wird bei der Außen- und Sicherheitspolitik die Stimme der Briten fehlen.

554 **Vision**

555 Europa ist ein selbstbewusster globaler Akteur, der die europäische Souveränität
556 verteidigt, statt die nationale. Europa bleibt im Umgang mit allen
557 internationalen Partnern seinen Werten treu und spricht mit einer einzigen
558 starken Stimme nach außen. Europa bemüht sich fortwährend um die Stärkung des
559 internationalen Rechts, der internationalen Institutionen und der multilateralen
560 Zusammenarbeit, um so zielorientiert zu der Lösung der ökologischen,
561 wirtschaftlich und sozialen Probleme beitragen zu können.

562 Europa stärkt den offenen und regelbasierten Handel weiter und hält durch den
563 dadurch gewonnenen Einfluss globale Standards bei Produktqualität, Umweltschutz
564 und sozialen Rechten hoch. Wachstumschancen durch Freihandel werden genutzt und
565 weitere Investitionen angezogen. Der von der Europäischen Union betriebene,
566 wertebasierte Freihandel schafft Wohlstand und fördert Fortschritt und
567 friedliches Zusammenleben in der europäischen Nachbarschaft und der ganzen Welt.
568 Die WTO wird weiterentwickelt, denn wirtschaftlich stärker verflochtene Länder
569 führen selten Krieg gegeneinander.

570 Die Entwicklungszusammenarbeit erfolgt gemeinschaftlich. Durch gezielte Projekte
571 können echte Fortschritte bei der Bekämpfung von Armut und der Schaffung von
572 Perspektiven in den EU-Partnerländern gemacht werden. Ein verstärkter Fokus auf
573 die bestehenden Exportgüter dieser, insbesondere afrikanische Länder, kann ihre
574 Exporte in die Europäische Union um ein Vielfaches erhöhen, was zum Beispiel
575 Millionen von Bauern/Bäuerinnen und in der Textilbranche tätigen Menschen
576 erhöhte Einkommen verschafft.

577 In ihrer Nachbarschaft investiert die Europäische Union in stabile
578 Partnerschaften und eine starke Zivilgesellschaft. Ein
579 Städtepartnerschaftsprojekt zwischen europäischen und afrikanischen Städten ist
580 Leuchtturm eines gelungenen Austausches. Am Westbalkan wurden mit der
581 Unterstützung von Infrastrukturprojekten europäische Investitionen
582 vorangetrieben und der Weg für nachhaltige Arbeitsplätze geebnet. Dies gibt auch
583 Anstoß für weitere rechtsstaatliche Reformen. Die Europäische Union hat mit
584 Großbritannien und der Türkei unterschiedliche, stabile Partnerschaften abseits
585 der Vollmitgliedschaft aufgebaut.

586 **Leitlinien und Maßnahmen**

587 **Echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

588 Die Außenpolitik der Europäischen Union und damit der/die Hohe Vertreter_in
589 verdient echten Entscheidungsspielraum und die Unterstützung aller
590 Mitgliedstaaten. Er/Sie soll ein/e echte/r Außenminister_in für die EU werden.

591 Die Union soll ihre 2016 entschiedene klare wertebasierte Europäische
592 Globalstrategie bedienen, anstatt 28 (bald 27) nationalstaatliche
593 Partikularinteressen. Dazu muss auch das Einstimmigkeitsprinzip im Bereich der
594 Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der
595 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) abgeschafft werden.
596 Stattdessen soll per qualifizierter Mehrheit entschieden werden (55 Prozent der
597 Mitgliedstaaten und 65 Prozent der Einwohner_innen). Als Zwischenschritt wäre es
598 denkbar, die Anwendung des Einstimmigkeitsprinzips im Bereich der GASP/GSVP
599 zumindest einzuschränken.

600 **Wertebasierter Freihandel**

601 Offener, wertebasierter, freier Handel mit möglichst vielen Staaten weltweit
602 fördert den Wohlstand Europas und jenen unserer Handelspartner. Damit alle davon
603 profitieren können, sind klare Regeln notwendig. Transparente Abkommen mit
604 effektiven Schlichtungsverfahren sind die einzige Antwort auf die Willkür
605 unberechenbarer politischer Führungspersonlichkeiten und die Gefahr von
606 Handelskriegen. Wir setzen uns für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen
607 und die regelkonforme Implementierung bereits abgeschlossener Verträge ein.
608 Gleichzeitig wollen wir die Diskussion um solche Abkommen von einer
609 polarisierten Angstdebatte zurück zu einem faktenbasierten politischen Diskurs
610 führen.

611 **Vergemeinschaftung der finanziellen Mittel für die Entwicklungspolitik**

612 Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen sind die Grundlage dafür, in
613 Partnerländern systemische Veränderungen und den Aufbau von nachhaltigen
614 Strukturen zu erzielen. Wir sind für eine Vergemeinschaftung der finanziellen
615 Mittel der Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene. Damit können wir
616 einen effizienten und kompetenten Beitrag zur Lösung globaler Herausforderungen
617 und zur Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) beitragen und
618 zugleich Partikularinteressen effektiv entgegenwirken. Die Fachkompetenzen der
619 Mitgliedstaaten in den jeweiligen Sektoren sollen so effizienter unterstützt und
620 weiterentwickelt werden, damit diese die gemeinsame EZA der EU effektiv umsetzen
621 können. Alle Agenden und Mittel der EZA sollen in einer EU-
622 Implementierungsagentur zusammengefasst werden, um einen effizienten Einsatz der
623 Mittel mit der fachkundigen Expertise der einzelnen Mitgliedstaaten zu
624 gewährleisten.

625 **Bildung im Fokus der Investitionen in Partnerstaaten**

626 Wir fordern einen verstärkten Fokus auf Bildungsinvestitionen in den
627 Partnerstaaten. Europäischen Unternehmen kommt insbesondere bei Vorhaben im
628 Bereich der Berufsbildung eine wichtige Katalysatorfunktion zu. Um
629 nachfrageorientierte Ausbildungsmodelle aufsetzen zu können, müssen europäische
630 Unternehmen und lokale Verbände als Bildungspartner mobilisiert werden. Ein
631 besonderer Fokus soll auf die Beitrittskandidaten gelegt werden, wobei der
632 Ansatz auch als Grundlage für die Zusammenarbeit mit anderen Staaten dienen
633 soll.

634 **1000 Städtepartnerschaften für Europa & Afrika**

635 Städte überall auf der Welt stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Es geht um
636 Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Verkehrsplanung, effiziente Verwaltung,
637 Krankenhäuser, Schulen, Sicherheit und vieles mehr. Europäische Städte können
638 ihre Expertise und ihre Erfahrungen weitergeben. Sie können so gemeinsam mit der
639 Europäischen Union direkt vor Ort ihren Beitrag dafür leisten, dass sich Städte
640 in Schwellen- und Entwicklungsländern entwickeln und funktionierende Märkte
641 entstehen können. Wir fordern 1000 Partnerstädte für Europa, von Tallinn über
642 Wels bis Málaga und Thessaloniki und auf der anderen Seite des Mittelmeers von
643 Casablanca über Tripolis bis Asmara in Eritrea. Die Partnerschaft soll sich
644 unterstützt vom Europäischen Ausschuss der Regionen auf die Expertise der
645 jeweiligen Städte konzentrieren, um hier maximalen Fortschritt zu erzielen.

646 **Unterstützung der Einrichtung von Sonderentwicklungszonen entlang der**
647 **Migrationsrouten**

648 Flucht und Migration finden überwiegend zwischen benachbarten
649 Entwicklungsländern mit begrenzten Aufnahmekapazitäten und wirtschaftlichen
650 Möglichkeiten statt. Deshalb muss die Europäische Union besonders diese
651 Aufnahmegesellschaften unterstützen. Wir setzen uns für die Einrichtung von
652 Sonderentwicklungszonen nach den Konzepten anerkannter Expert_innen in diesem
653 Bereich ein. Dort sollen der Arbeitsmarkt und das Sozialsystem für Flüchtlinge
654 und Migrant_innen voll geöffnet sein. Im Gegenzug räumt die EU von dort
655 stammenden Produkten einen erleichterten Zugang zum EU-Markt ein. Dadurch sollen
656 neue Lebensräume entlang der Migrationsrouten geschaffen und die wachsenden
657 Städte gefördert werden. Wenn man mehrere solche Zonen über verschiedene
658 afrikanische Länder verteilt, können dort Millionen von Menschen vernünftig
659 leben. Mögliche Standorte wären etwa zwischen Somalia und Kenia, in Libyen,
660 Westafrika und entlang der Migrationsrouten.

661 **An der Gemeinsamen Außenpolitik orientierte Rüstungsexportkontrolle**

662 Auf europäischer Ebene besteht kein einheitliches System der
663 Rüstungsexportkontrolle. Zwar sind 26 EU-Staaten Mitglieder des Wassenaar-
664 Abkommens für Exportkontrollen von konventionellen Waffen und
665 doppelverwendungsfähigen Gütern und Technologien, doch ist dieses nicht bindend.
666 Einige EU-Staaten haben strenge Regeln für den Waffenexport, andere eher lax.
667 Das führt zu ungleichen Wettbewerbsvoraussetzungen auf dem innereuropäischen
668 Rüstungsmarkt, aber auch zu intransparenten Entscheidungen und einem
669 uneinheitlichen Agieren nach außen. Wir fordern eine einheitliche und bindende
670 Lösung zur Kontrolle von Waffenexporten und doppelverwendungsfähigen Gütern, die
671 sich an den Leitlinien der europäischen Gemeinsamen Außen- und
672 Sicherheitspolitik orientiert und an politischer Stabilität des importierenden
673 Staates, Achtung der Menschenrechte und daran, ob ein Staat in eine kriegerische
674 Auseinandersetzung involviert ist.

675 **Infrastrukturoffensive für den Westbalkan**

676 Das Beibehalten der Beitrittsperspektive für die Staaten des Westbalkans, wie in
677 der Westbalkanstrategie der Europäischen Kommission festgelegt, ist ein
678 zentraler Punkt bei der Weiterentwicklung der Beziehungen der EU mit dieser für
679 uns so wichtigen Region. Die Europäische Union ist der größte Investor und
680 Handelspartner der Westbalkanstaaten. Damit diese schneller an uns heranrücken,
681 die EU-Investments am Westbalkan abgesichert werden und der Markt für weitere
682 Investitionen geöffnet wird, um nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen, braucht
683 es eine Infrastrukturoffensive. Diese beinhaltet einen massiven Ausbau des
684 Straßen-, Schienen-, Strom- und Telekommunikationsnetzes (Glasfaser) sowie
685 sauberer Energieformen. Das ist zwar sehr kostspielig, bringt aber in der
686 Nachbarschaft der Europäischen Union auf lange Sicht mehr, als
687 Entwicklungsprojekte und Symptombekämpfung im Sicherheitsbereich. Um ein gutes
688 Umfeld für europäische Investments und somit die Schaffung von Arbeitsplätzen zu
689 gestalten, braucht es eine verlässliche Infrastruktur.

690 **Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei**

691 Während die Türkei bereits seit den 90er Jahren über Kandidatenstatus für die
692 Aufnahme in die Europäische Union verfügt, haben sich nicht nur ihre Chancen für
693 einen Beitritt verflüchtigt, sondern offenbar auch ihr Interesse daran. Die
694 türkische Regierung unterdrückt und inhaftiert Intellektuelle und
695 Journalist_innen, Oppositionelle und andere Gegner des Erdogan-Regimes. Sie
696 schränkt Minderheitenrechte ein und führt Krieg gegen die liberale Demokratie.
697 Wenn Europa sich selbst ernst nimmt, kann es darauf nur eine Antwort geben: den
698 Abbruch der Beitrittsverhandlungen. Ungeachtet dessen muss Europa weiterhin auf
699 Unterstützung von und Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen setzen,
700 die sich für Demokratie und Rechtstaatlichkeit in der Türkei einsetzen.

701 **Klare europäische Linie bezüglich Russland**

702 Wir wollen ein unverzügliches Ende der Gewalt in der Ostukraine und der
703 völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim sowie den Wiederaufbau einer
704 vertrauensvollen Beziehung zu Russland. Für uns sind die Prinzipien des
705 Völkerrechts und der Menschenrechte in der europäischen Friedensordnung nicht
706 verhandelbar. Daher stehen wir ausdrücklich zu den von der EU verhängten
707 Sanktionen. Bei einem substanziellen Einlenken Russlands können sie gelockert
708 oder aufgehoben werden. Wir müssen in die Medienkompetenz der Bürger_innen
709 investieren, damit diese die demokratiegefährdende Propaganda von Seiten
710 Russlands erkennen können. Gleichzeitig bleiben wir mit Russland wirtschaftlich,
711 kulturell und politisch eng verbunden und wollen Gesprächskanäle offenhalten.
712 Dazu fordern wir die Aufhebung der Visumpflicht für russische Schüler_innen und
713 Studierende sowie aktivere Bewerbung von Schüler_innen- und
714 Studierendenaustauschprogrammen zwischen Russland und der EU und die
715 Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

716 **Beziehungsneustart mit Großbritannien**

717 Europa muss aus der desaströsen Entwicklung des Brexit einerseits seine Lehren
718 ziehen und in jedem Falle verhindern, dass so etwas jemals wieder passiert.

719 Andererseits sollen Großbritannien für einen erneuten Beitritt nicht nur
720 rechtlich die Türen offenstehen, sondern die Union muss weiterhin eine
721 ausgestreckte Hand in Richtung unserer britischen Freund_innen halten und die
722 größtmögliche Nähe des UK zur EU anstreben. Großbritannien ist und bleibt ein
723 europäischer Staat, der die europäischen Werte im Herzen trägt und europäische
724 Diplomatie über Jahrhunderte maßgeblich mitgestaltet hat und hat somit einen
725 Platz in der Europäischen Union. Das soll unser Ziel sein.

726 **Asyl und Migration: Nachhaltige Lösungen für** 727 **globale Migration** 728 **Herausforderung**

729 Die Union geriet in den letzten Jahren durch Fluchtbewegungen aus Krisengebieten
730 und größeren Migrationsbewegungen aus ökonomischen Gründen vermehrt unter Druck.
731 Die Mitgliedstaaten reagierten mit unkoordinierten Einzelmaßnahmen anstatt mit
732 einer gemeinsamen europäischen Strategie. Irreguläre Migrant_innen mischen sich
733 mit Schutzsuchenden und stellen Asylanträge in europäischen Staaten. In Italien,
734 für viele das Land, durch das sie in die EU einreisen, warten Asylwerber_innen
735 in der Folge mindestens zwei Jahre auf eine erstinstanzliche Entscheidung und
736 weitere zwei Jahre für eine Entscheidung im Berufungsverfahren. Auch in
737 Österreich sind lange Verfahrensdauern keine Seltenheit. In der Regel bleibt
738 momentan fast jede/r, der/die nach Europa gelangt, hier, denn es bestehen nach
739 wie vor nur mit wenigen der Top Herkunftsstaaten verlässliche Rücknahmeabkommen.

740 Für den Asylbereich sieht das bisherige Dublin-System vor, dass grundsätzlich
741 jener Staat für Asylanträge zuständig ist, in dem Schutzsuchende erstmals EU-
742 Boden betreten haben. Diese Regel belastet die EU-Mitgliedstaaten an den
743 Außengrenzen, wie etwa Italien, Spanien oder Griechenland, überproportional. Ein
744 kooperatives System der gerechten Verteilung von Schutzberechtigten auf die EU-
745 Staaten scheitert bisher an Blockaden durch einige Mitgliedstaaten.

746 Die im Jahr 2018 aufgekommenen Vorschläge über Aufnahmezentren in Drittstaaten
747 verkomplizierten die Debatte zunehmend. Es besteht keinerlei Konsens darüber, wo
748 solche Aufnahmezentren für Schutzsuchende eingerichtet werden könnten, denn kein
749 Drittstaat ist bisher damit einverstanden. Gleichzeitig gibt es keinen
750 realistischen Vorschlag dazu, wie solche Konzepte völker- und
751 menschenrechtskonform umgesetzt werden könnten.

752 Die Union ist gefordert, eine Asyl- und Migrationspolitik zu betreiben, die
753 nachhaltig ist und rechtsstaatlichen Grundsätzen sowie menschenrechtlichen
754 Normen gerecht wird. Nicht jede/r, der/die das möchte, kann uneingeschränkt in
755 Europa einreisen und hier leben. Es braucht klare Regeln und
756 Steuerungsmechanismen für die Migrationsbewegungen der Gegenwart und der
757 Zukunft. Parallel gilt es, die Personenfreizügigkeit (Reisefreiheit) innerhalb
758 der europäischen Union für Unionsbürger_innen zu garantieren. Unkontrollierte
759 Grenzübertritte und Binnenwanderungen von Schutzsuchenden müssen unterbunden
760 werden.

761 Gleichzeitig gelangen jedes Jahr doppelt so viele Arbeitsmigrant_innen,

762 Saisonarbeiter_innen, Student_innen, Wissenschaftler_innen und Personen, die
763 durch Familienzusammenführung einreisen, legal in die Europäische Union wie
764 irreguläre Migrant_innen. Die Union erreicht laut OECD nach wie vor nicht
765 annähernd ihr volles Potenzial, qualifizierte Fachkräfte anzuziehen. Nur etwas
766 über 25% der Einwander_innen verfügen über Hochschulbildung. Eine
767 bedarfsorientierte Steuerung der Arbeitsmigration konnte bislang weder auf EU-
768 noch auf nationaler Ebene zufriedenstellend organisiert werden. Reformen für die
769 Blue Card scheitern bisher an den Mitgliedstaaten.

770 Die lösungsorientierte Debatte in den Politikfeldern Asyl, Migration und
771 Integration versinkt zunehmend in einem emotional aufgeladenen Populismus, der
772 nicht an Lösungen, sondern daran interessiert ist, aus den Problemlagen
773 politisches Kapital zu schlagen. Angst und Angstmache werden zum politischen und
774 medialen Geschäftsmodell. Die Spaltung der Gesellschaft wird bewusst in Kauf
775 genommen und vorangetrieben.

776 **Vision**

777 Die Europäische Union ist stolz auf ihre lange Tradition in der Aufnahme von
778 Schutzsuchenden, die nicht zuletzt auch von den Fluchterfahrungen der
779 europäischen Bevölkerung vor Krieg und Verfolgung durch die totalitären Systeme
780 des 20. Jahrhunderts tief geprägt ist. Sie begegnet gegenwärtigen und künftigen
781 Herausforderungen in diesem Bereich mit Solidarität und Vernunft. Das
782 Asylantragsrecht nach Maßgabe der Genfer Konvention und der EU-Grundrechtecharta
783 auf europäischem Territorium ist ein Recht, das in der Europäischen Union fix
784 besteht. Die Union bekennt sich zum UN-Flüchtlingspakt.

785 Die Union verfügt über ein gemeinsames Asylsystem mit einheitlichen Standards.
786 Eine EU-Asylbehörde verwaltet nach einer Grundabklärung in Aufnahmezentren an
787 der EU-Außengrenze dezentral die Verfahren von Antragstellung bis zur
788 Entscheidung in den Mitgliedstaaten. Rasche und qualitätsvolle Verfahren sorgen
789 für Rechtssicherheit und die Einhaltung von völker- und menschenrechtlichen
790 Verpflichtungen. Personen mit negativem Asylbescheid werden sofort in die
791 Herkunftsländer zurückgeschickt. Frontex wurde besser ausgestattet und ihr
792 Mandat der Aufgabe entsprechend erweitert. Gleichzeitig sorgen Schutzzentren in
793 den Top-Herkunftsstaaten und in allen Staaten entlang den Migrationsrouten
794 dafür, dass Menschen vor Verfolgung sicher sind und dennoch in ihrer
795 Herkunftsregion bleiben können.

796 Durch legale Migrationsmöglichkeiten können ausgebildete Fachkräfte und
797 potentielle Arbeitskräfte in Mangelberufen nach Europa gelangen. Die Union setzt
798 Maßnahmen um, die einen Brain-Drain in den Herkunftsstaaten verhindern. Durch
799 ein System von Anreizen werden Fachkräfte ermutigt, nach Ausbildung und
800 gewonnener Arbeitserfahrung in Europa ihre Kenntnisse auch in ihren
801 Herkunftsländern einzusetzen.

802 **Leitlinien und Maßnahmen** 803 **Koalition der Entschlossenen**

804 Wir fordern zeitnahe Lösungen bis es zu einer unionsweiten Realisierung eines
805 gemeinsamen Asylsystems und einheitlichen Bestimmungen für Rückführungen kommt.
806 Deshalb soll eine Koalition von entschlossenen Staaten unter Beteiligung
807 Österreichs voran gehen und ein gemeinsames Asylsystem einführen sowie auf
808 konsequente und zeitnahe Umsetzung von bereits vorhandenen
809 Kommissionsvorschlägen drängen. Zudem fordern wir eine verstärkte Teilnahme
810 aller Mitgliedstaaten an freiwilligen Resettlement-Programmen in Zusammenarbeit
811 mit dem UNHCR.

812 **Rasche Umsetzung der Kommissionsvorschläge zur Reform des europäischen** 813 **Asylsystems**

814 Das Maßnahmenpaket der Europäischen Kommission stellt ein dringend benötigtes
815 Update der aktuellen EU-Rechtslage auf dem Gebiet der Asylpolitik dar und sollte
816 als erster Schritt so schnell wie möglich umgesetzt werden. Diese im Sommer 2016
817 vorgelegten sieben Gesetzesvorschläge beinhalten eine umfassende Reform des
818 europäischen Asylsystems. Sie verfolgen die Ziele, die Aufnahmestandards und
819 Verfahrensvorschriften zu harmonisieren, europäische Verfahren auf
820 internationalen Schutz einheitlich, effizient und fair zu gestalten sowie die
821 Aufteilung von Asylwerber_innen solidarischer zu gestalten und Binnenmigration
822 zu stoppen. So ist darin etwa auch ein einheitlicher Arbeitsmarktzugang nach
823 sechs Monaten sowie eine Residenzpflicht für Asylwerber_innen vorgesehen.
824 Schutzsuchenden muss es möglich sein, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen,
825 denn zentraler Schlüssel zur erfolgreichen Integration ist Beschäftigung.

826 **Gemeinsame europäische Asylbehörde mit Grundabklärung an der EU-Außengrenze**

827 Künftige Herausforderungen können nur mit einem gemeinsamen EU-Asylsystem
828 nachhaltig gelöst werden. Die Schaffung einer europäischen Asylbehörde sorgt
829 dafür, dass die Standards und Kriterien für die Gewährung von internationalem
830 Schutz einheitlich sind. Dies bedeutet, dass anstelle der nationalen
831 Asylbehörden eine europaweite Behörde für das Verfahren von der Antragstellung
832 bis zur Entscheidung zuständig ist. In Aufnahmezentren an der EU-Außengrenze
833 soll eine Grundabklärung durchgeführt werden: Schutzsuchende mit hoher
834 Bleibewahrscheinlichkeit (z.B. aus Kriegsregionen) werden auf die
835 Mitgliedstaaten verteilt; jene, die aus sicheren Drittstaaten kommen und keinen
836 Asylgrund glaubhaft machen können, werden in die Herkunftsländer zurückgeführt.

837 Nach positiver Grundabklärung werden die Schutzsuchenden zunächst auf Basis von
838 freiwillig zur Verfügung gestellten Resettlement-Kontingenten auf die
839 Mitgliedstaaten verteilt. Sollten diese in Zeiten mit hohen Antragszahlen nicht
840 ausreichen, tritt automatisch ein Entlastungsschlüssel zur verpflichtenden
841 Aufteilung in Kraft. Dieser wird anhand von BIP, Bevölkerung und bisher
842 erbrachten Leistungen in Bezug auf Asylwerber_innen berechnet, um
843 Mitgliedstaaten, die bereits viele Personen aufgenommen haben, zu entlasten. Die
844 Weigerung sich an solch einem gemeinsamen Asylsystem zu beteiligen, kann neben
845 monetären Konsequenzen den Ausschluss aus dem Schengenraum zur Folge haben
846 (Schengen 2.0).

847 **Rasche Verfahren und konsequente Rückführungen**

848 In den Mitgliedstaaten sollen rasche und qualitätsvolle Verfahren durch die
849 Außenstellen der gemeinsamen europäischen Asylbehörde für Rechtssicherheit und
850 die Einhaltung von völker- und menschenrechtlichen Verpflichtungen sorgen. Die
851 maximale Dauer bis zur zweitinstanzlichen Entscheidung soll 180 Tage betragen.
852 Bis zur Realisierung der EU-Asylbehörde werden die Verfahren nach einheitlichen
853 europarechtlichen Standards von den Behörden der Mitgliedstaaten durchgeführt.
854 Ein negativer Asylbescheid bedeutet: entschlossene Rückführung in die
855 Herkunftsländer. Wer kein Recht hat zu bleiben, hat die Pflicht zu gehen. Dies
856 soll durch die konsequente Anordnung der Schubhaft, Förderung der freiwilligen
857 Rückkehr, sowie den Ausbau von Rückkehrprogrammen erreicht werden.

858 Die EU muss sofort und konsequent den Ausbau von Rückführungsabkommen mit den
859 wichtigsten Herkunftsländern verstärken. Um deren Abschluss zu ermöglichen,
860 sollte die Union je nach Verhandlungslage und Erfolgsaussicht Anreize (wie z.B.
861 Entwicklungshilfeszahlungen, verstärkte Wirtschaftskooperationen, Kontingente für
862 legale Migration in Form von Arbeitsvisa oder Stipendien) bzw. Druckmittel (wie
863 z.B. eine strengere Visapolitik) einsetzen. So wird eine gezielte und
864 kontrollierte Migration und die Einhaltung von völker- und menschenrechtlichen
865 Verpflichtungen gewährleistet.

866 **Schutzzentren entlang der Hauptmigrationsrouten**

867 Menschen, die sich, aus welchem Grund auch immer, aus ihrem Heimatland auf den
868 Weg machen, muss die Möglichkeit auf Schutz vor Verfolgung und eine
869 menschenwürdige Unterbringung gegeben werden. Daher fordern wir vom UNHCR und
870 der Internationalen Organisation für Migration (IOM) betriebene Schutzzentren in
871 den Top-Herkunftsstaaten und in allen Staaten entlang der Hauptmigrationsrouten,
872 in denen Menschen sicher sind. Gleichzeitig soll es in diesen Zentren die
873 Möglichkeit geben, Menschen in ihre Herkunftsstaaten rückzuführen, wie dies
874 bereits jetzt von der IOM gemacht wird. Asylanträge können dort keine gestellt
875 werden. Auf diese Weise entsteht in den Staaten Nordafrikas kein großer
876 Migrationsdruck mehr und Länder entlang der Migrationsrouten werden entlastet.

877 ☒ *Fluchtursachenbekämpfung siehe Außenpolitik-Kapitel*

878 **Verbesserung des Außengrenzschutzes**

879 Europa braucht eine echte Grenzschutzbehörde, wie dies zum Teil im am 12.
880 September 2018 veröffentlichten Vorschlag der EU-Kommission vorgeschlagen wird.
881 Frontex braucht eigene Mittel (zur Land-, Luft-, und Seeüberwachung), mit denen
882 der Grenzschutz organisiert wird. Wenn das Frontex-Mandat in diesem Sinne
883 erweitert wird, muss gleichzeitig die Dublin-Neuverordnung, ein europäisches
884 Asylsystem und die Zukunft des Schengenraums diskutiert und entschieden werden.
885 Der Entwurf der neuen Frontex Verordnung fordert konsequenterweise, dass Frontex
886 in Drittstaaten aktiv werden kann und diese Länder auch (etwa am Westbalkan) bei
887 Rückführungen unterstützen kann. Diesen Staaten fehlen oft z.B. Flugzeuge,
888 Menschenrechtsexpert_innen, etc., um Rückführungen durchzuführen. Für den Ausbau
889 der Kooperation mit Drittstaaten braucht es verlässliche Abkommen.

890 **Rückkehr- und Chancenprogramme für Menschen mit subsidiärem Schutz sowie**
891 **Vermeidung von Brain-Drain**

892 Viele Menschen fliehen heute nicht aufgrund von persönlicher Verfolgung, sondern
893 vor Gewalt im Rahmen eines bewaffneten Konflikts. Diese Menschen erhalten in der
894 Regel subsidiären Schutz, der grundsätzlich über einzelne Verlängerungen nur für
895 die Dauer des Konflikts gewährt wird. Viele dieser Flüchtlinge haben in EU-
896 Mitgliedstaaten vertiefende Ausbildungen abgeschlossen und Wissen gewonnen, das
897 im Rahmen des Wiederaufbaus dringend benötigt wird. Schutzsuchenden, die bereit
898 sind, am Ende eines Konflikts für eine Dauer von zwei Jahren freiwillig in ihr
899 Herkunftsland zurückzukehren, sollen dafür anschließend erleichterte Arbeits-
900 und Aufenthaltsbedingungen in den EU-Mitgliedstaaten gewährt werden. Ähnliche
901 Programme soll es für jene Menschen geben, die aufgrund eines akuten
902 Arbeitskräftemangels legal nach Österreich bzw. die EU immigrieren. Auch hier
903 soll eine erleichterte Arbeitserlaubnis mit einer Bereitschaft, das gewonnene
904 Fachwissen anschließend im Heimatstaat zu nützen, verbunden werden. Bildung und
905 Know-How ist für uns die stärkste Wirtschafts- und Entwicklungshilfe.

906 **Evaluierung und Reform der Blue Card**

907 Die EU braucht nicht nur hochqualifizierte Kräfte, sondern auch andere
908 Schlüssel- und Fachkräfte, um in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben. Daher ist
909 es notwendig, die europäische Blue Card zu reformieren und zu erweitern. Damit
910 können wir ein effizientes System erfolgreicher Arbeitsmigration für ganz Europa
911 schaffen. Es braucht einheitliche Kriterien, Standards und Regeln in allen
912 Mitgliedstaaten sowie eine gemeinsame Analyse, wie viele Fachkräfte in welchem
913 Zeitraum und in welchen Branchen und Mitgliedstaaten notwendig sind (EURES
914 stärken). Die Kriterien für eine Blue Card müssen transparent und leicht
915 zugänglich sein (etwa ein Online Register für in Frage kommende Berufe und
916 Qualifikationen). Durch die Blue Card soll Zugang für qualifizierte
917 Arbeitskräfte zum gesamten europäischen Arbeitsmarkt geschaffen werden und auch
918 die Mobilität innerhalb der EU erleichtert werden.

919 **Sicherheit und Verteidigung: ein starkes Europa,**
920 **das seine Bevölkerung gemeinsam schützt**
921 **Herausforderung**

922 Europa ist spätestens seit der Krim-Krise und der Trump-Wende zur „USA-First“-
923 Außenpolitik und die dadurch entstehenden Gelegenheiten für andere globale
924 Großmächte, sich (über-)regionale Vormachtstellungen zu sichern, mit neuen
925 sicherheitspolitischen Fragestellungen konfrontiert: Gewaltandrohung und -
926 einsatz, dem Wettrüsten und Partnerschaften, die über Jahrzehnte stabil
927 bestanden haben, verlieren an Verlässlichkeit. Die neue geopolitisch-
928 militärische Relevanz Chinas und die Spannungen zwischen Russland und den USA
929 bzw. der EU haben die außen- und sicherheitspolitischen Anforderungen an Europa
930 dramatisch erhöht. Andere Mächte, die Europa nicht nur wohlgesinnt sind, haben
931 gelernt, die europäischen Schwächen schnell zu erkennen und zu ihrem eigenen
932 Vorteil zu nutzen.

933 Für Europa ist es in diesem internationalen Umfeld von größter Bedeutung, in
934 Verteidigungs- und Sicherheitsfragen näher zusammenzurücken. Mangelnder
935 politischer Wille, nationale Engstirnigkeit und wenig praktikable
936 Entscheidungsstrukturen verunmöglichen schnelle Reaktionen der EU. Die
937 europäischen Staaten – auch Österreich – müssen sich darüber klar werden, wie
938 viel Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik notwendig ist und welchen
939 Beitrag sie zur europäischen Verteidigungsarchitektur leisten wollen. Die EU-
940 Staaten haben zusammen die zweithöchsten militärischen Ausgaben weltweit.
941 Mangelnde europäische Kooperation belastet nationale Budgets und erbringt nur
942 einen Bruchteil an möglicher Effektivität: 80% der Beschaffung und 90% der
943 Forschung und Entwicklung erfolgen auf nationalstaatlicher Ebene. Damit drohen
944 wichtige Zukunftsfragen in den Hintergrund zu geraten. Der militärischen
945 Effizienzsteigerung stehen also immer noch zu geringe Interoperabilität, wenig
946 Zusammenwachsen der Verteidigungsinfrastruktur, bei der Ausrüstung und Mobilität
947 entgegen. In Europa gibt es zum Beispiel 20 Flugzeugtypen, in den USA nur sechs.
948 Europas Zugang ist teurer, umständlicher und erschwert Kooperation unter den
949 Mitgliedstaaten. Auch beim Thema künstliche Intelligenz hinkt Europa in Fragen
950 der Regulierung dem Fortschritt hinterher.

951 In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Europäer_innen Opfer von
952 Terrorismus und extremistischen Attacken. Immer enger verweben sich Netzwerke
953 organisierter Kriminalität mit dschihadistischen und anderen radikalen,
954 gewaltbereiten Gruppierungen. Gleichzeitig häufen sich Fälle von
955 nationalistischer, rassistischer und religiös motivierter Gewalt, die eine
956 Gefahr für das friedliche Zusammenleben von allen in Europa lebenden Menschen
957 darstellen.

958 Im Bereich des organisierten Verbrechens sind Cybercrimes aller Art, sowie
959 Menschen-, Drogen- und Waffenschmuggel auf dem Vormarsch. Zudem häufen sich
960 Geldwäsche, Dokumentenfälschung und Umweltverbrechen. Die schnelle
961 Vervielfältigung bestimmter Bedrohungen verlangt nach weiteren
962 Integrationsschritten im Sicherheitsbereich. Die Herausforderung besteht darin,
963 nicht nur Daten zu sammeln, sondern diese auch effektiv zu analysieren, an
964 relevante Organe zu verteilen, Risiken vorherzusehen und schnell zu reagieren.

965 Die durch mangelnde Kooperation innerhalb der EU bedingte Anfälligkeit für
966 hybride Bedrohungen gewinnt immer mehr an Relevanz. Staatliche und nicht-
967 staatliche Akteure verwenden Desinformationskampagnen, Terroranschläge,
968 Einflussnahme im Energiesektor, Cyberangriffe, aber auch Spionage, Korruption
969 und anderen Maßnahmen, um das Vertrauen in demokratische Institutionen zu
970 untergraben und Europa so zu schwächen.

971 **Vision**

972 Die Europäische Union ist ein schnell und flexibel handlungsfähiger Akteur, der
973 seine Entscheidungen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich auf Basis des
974 internationalen Rechts und der in den Verträgen festgelegten europäischen Werte
975 trifft. Das gilt für das militärische Eingreifen in gewaltsame Konflikte genauso
976 wie für ziviles globales Krisenmanagement. Europa trägt dazu bei, die globale

977 Sicherheit zu stärken und schützt seine Bevölkerung. Als verlässlicher Partner
978 gleichgesinnter Staaten und internationaler Organisationen agiert eine
979 selbstbewusste Union sicherheitspolitisch mit mehr Eigenständigkeit, aber
980 unabhängig in enger Zusammenarbeit mit globalen Partnern und spricht dabei mit
981 einer Stimme.

982 Europa begegnet den Bedrohungen mit einer starken Gemeinsamen Sicherheits- und
983 Verteidigungspolitik (GSVP), die mit globalen Partnern sensibel gegenüber
984 rasanten geopolitischen, technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen
985 Anpassungsfähigkeit an neue Anforderungen beweist. Statt die Augen vor den
986 rasanten Entwicklungen im Sicherheitsbereich zu verschließen, greift Europa neue
987 technologische Ansätze und Prozesse, die Erfolg versprechen, schnell auf und
988 ermutigt enge Zusammenarbeit zwischen Entwicklern und Regulatoren. Damit wird
989 eine schnelle Anpassung des europäischen Rechts an neu entstehende Umstände
990 gewährleistet.

991 Die Analyse von gegenwärtigen und zukünftigen Bedrohungen erfolgt gemeinsam. Im
992 Bereich der Vernetzung von Informations- und Nachrichtendiensten setzt die EU
993 auf vertrauensbildende Maßnahmen und gemeinsame Standards. Europa schafft die
994 notwendigen Rahmenbedingungen für einen gemeinsamen Nachrichten- bzw.
995 Geheimdienst. Die Union räumt Europol ein den Herausforderungen angemessenes
996 Mandat für grenzübergreifende Ermittlungen ein.

997 Die Union setzt weitere Integrationsschritte im Bereich Verteidigung und
998 Sicherheit um. An deren Ende steht eine europäische Verteidigung mit einer
999 gemeinsamen Europäischen Armee. Dabei kommt der Kooperation mit der NATO große
1000 Bedeutung zu.

1001 **Leitlinien und Maßnahmen**

1002 **Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips**

1003 Im Sinne der Subsidiarität lässt sich das Thema Sicherheit und Verteidigung klar
1004 als einer jener Bereiche identifizieren, bei denen die Union effektiver und
1005 effizienter sein kann als die einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Im Bereich der
1006 Durchführung von Maßnahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der
1007 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/GSVP) müssen
1008 Entscheidungen auf EU-Ebene im Ministerrat immer noch einstimmig beschlossen
1009 werden. Dieses Prinzip soll abgeschafft werden. Stattdessen soll per
1010 qualifizierter Mehrheit (55% der Mitgliedstaaten und 65% der Einwohner_innen)
1011 entschieden werden. Als Zwischenschritt wäre es denkbar, die Anwendung des
1012 Einstimmigkeitsprinzips im Bereich der GASP/GSVP-Durchführung zumindest
1013 einzuschränken, mit dem Ziel, es mittelfristig ganz durch das Prinzip der
1014 qualifizierten Mehrheit zu ersetzen.

1015 **Schritt für Schritt zu einer Europäischen Armee**

1016 Je stärker das politische Vertrauen desto enger die militärischen
1017 Kooperationschancen zwischen den Mitgliedstaaten. Alle innereuropäisch
1018 bestehenden Harmonisierungs- und Integrationsmöglichkeiten im Sicherheits- und
1019 Verteidigungsbereich sind voll auszunutzen. Dringend ist unter anderem eine

1020 gemeinsame und gemeinsam finanzierte Sicherung des europäischen Luftraums, die
1021 etwa die Anschaffung von eigenen österreichischen Abfangjägern überflüssig
1022 machen würde. Es braucht Schritte in Richtung einer europäischen Integration der
1023 Kommandostrukturen bei EU-Missionen. Langfristig ist eine Europäische Armee
1024 unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle das Ziel, um die
1025 europäische Souveränität zu jedem Zeitpunkt sichern und verteidigen zu können.
1026 Zu allererst ist die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) im Bereich
1027 Verteidigung über eine Liste mit nationalstaatlich vorangetriebenen Projekten
1028 hinaus auszuweiten. In den nächsten Jahren sollen echte europäische Projekte
1029 dazu kommen, die einen europäischen Mehrwert generieren und nicht nur die
1030 Präferenzen nationalstaatlicher Rüstungskonzerne widerspiegeln.

1031 **Gemeinsame Beschaffung und Nutzung von militärischer Ausrüstung**

1032 Wir setzen uns für Initiativen zur gemeinsamen Beschaffung, Finanzierung und
1033 Nutzung von militärischer Ausrüstung ein, um Verteidigungsbudgets zu schonen und
1034 eine Spezialisierung der einzelnen Mitgliedstaaten voranzutreiben, bzw. eine
1035 sinnvolle Aufgabenteilung im Verteidigungsbereich zu erreichen. Die Europäische
1036 Kommission präsentierte im März 2018 einen Aktionsplan zur Verbesserung der
1037 militärischen Mobilität in Europa. Dieser muss rasch umgesetzt werden. Damit
1038 können wir sicherstellen, dass die europäischen Straßen- und Bahnnetze auch auf
1039 die Bedürfnisse militärischer Mobilität angepasst werden. Gleichzeitig sollen
1040 nationale Regeln zum schnellen grenzüberschreitenden Transport militärischer
1041 Güter und militärischen Personals vereinfacht und harmonisiert werden.

1042 **Fokussierung von Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene**

1043 Seit 2010 betragen die jährlichen Ausgaben für gemeinschaftliche Forschung und
1044 Technologie im Verteidigungsbereich in Europa weniger als 200 Mio Euro jährlich.
1045 Die Kommission hat einen Gesetzesvorschlag für den Zeitraum 2021 bis 2027 über
1046 die Errichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds, der mit 13 Mrd Euro
1047 dotiert sein soll, beschlossen. Um international mithalten zu können, ist es
1048 notwendig, Know-How und finanzielle Mittel im Bereich Forschung und Entwicklung
1049 noch mehr zu bündeln. Die Europäische Union muss rechtzeitig beginnen, sich in
1050 jedem Bereich mit künstlicher Intelligenz zu beschäftigen, besonders mit ihren
1051 möglichen Auswirkungen auf die europäische Sicherheitslage. Eine frühe
1052 gemeinsame Nutzen- und Risikoabschätzung von Künstlicher Intelligenz im
1053 Sicherheits- und Verteidigungsbereich ist unbedingt notwendig.

1054 **Verteidigungs- und Sicherheitskooperation mit der europäischen Nachbarschaft und 1055 mit der NATO-Partnership for Peace**

1056 Die Sicherheitslage in Europa ist abhängig von der Sicherheitslage in der
1057 unmittelbaren und mittelbaren Nachbarschaft. Es ist daher notwendig, im
1058 Sicherheitsbereich so eng wie möglich mit den Nachbarstaaten zu kooperieren.
1059 Dies gilt vor allem auch mit der NATO-Partnership for Peace. Weiters sollen
1060 Kooperationen wie PESCO auch für die Staaten des Westbalkans eine Möglichkeit
1061 der Mitwirkung enthalten. Dies ermöglicht es, gegenwärtige und potenzielle
1062 Beitrittskandidaten auf die Arbeitsweisen der Union im Verteidigungsbereich

1063 heranzuführen und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Wir streben eine engere
1064 Kooperation der Westbalkanstaaten mit Europol an, um den Kampf gegen das
1065 organisierte Verbrechen voranzutreiben.

1066 **Zusammenarbeit der Nachrichtendienste**

1067 Noch immer denkt Europa im Bereich der Nachrichtendienste in nationalen
1068 Strukturen, die sich bisher nur beschränkt miteinander austauschen. Es gibt zwar
1069 Teilbereiche, in denen wir übergreifende Netzwerke zu bauen beginnen, doch sind
1070 wir immer noch nicht wirklich eng vernetzt. Auf europäischer Ebene muss deshalb
1071 ein Dienst geschaffen werden, der dem Europäischen Parlament verantwortlich ist.
1072 Eine Europäische Armee, die früher oder später in Europa Realität sein wird, ist
1073 ohne einen Geheimdienst blind. Gleichzeitig braucht ein solcher gemeinsamer
1074 Nachrichtendienst starke Kontrolle, die eine schnelle Schadensbegrenzung
1075 ermöglicht, sollte ein Staat an den Werten der liberalen Demokratie rütteln und
1076 drohen, seinen Zugang zu Informationen zu missbrauchen.

1077 **Mehr Mittel und finanzielle Flexibilität für Europol**

1078 Europol braucht mehr finanzielle Mittel, um auf bekannte und neue
1079 Herausforderungen im Sicherheitsbereich schnell reagieren zu können. Anders als
1080 bei Frontex hat man bei Europol noch die Chance, die Agentur bereits im Vorfeld
1081 künftiger Aufgaben mit ausreichend Mittel auszustatten. Außerdem fordern wir,
1082 das Ein-Jahres-Budget abzuschaffen. Gegenwärtig gilt für Europol nämlich die
1083 Regel, dass das Budget des jeweiligen Jahres bis exakt zum Jahresende
1084 vollständig ausgegeben werden muss. Somit kann Europol in "ruhigeren" Zeiten
1085 keinerlei Reserven bilden, um gegebenenfalls rasch auf neue Entwicklungen
1086 reagieren zu können. Hier setzen wir uns für mehr Flexibilität im Sinne der
1087 europäischen Sicherheit ein.

1088 **Investition in die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft gegen hybride 1089 Bedrohungen**

1090 Hybride Bedrohung meint im Sicherheitskontext vereinfacht gesagt eine Situation,
1091 in der ein Staat oder ein nicht-staatlicher Akteur sich einer Vielzahl an
1092 legalen und illegalen, an militärischen und nicht-militärischen Methoden
1093 bedient, um seinen Einfluss zu vergrößern. Nur eine widerstandsfähige
1094 Gesellschaft ist eine wirkungsvolle Antwort auf hybride Bedrohungen. Wir
1095 brauchen eine gut trainierte Polizei, starke Anti-Korruptionsbehörden,
1096 Transparenz im Energiesektor und bei der Parteienfinanzierung, aber auch
1097 unabhängige und finanziell stabile Medien und gut informierte, kritische
1098 Bürger_innen. Hybride Methoden zielen in erster Linie auf Gesellschaften und die
1099 Mentalität der Bürger_innen, auf ihre Ängste, Unsicherheit und ihr Vertrauen.
1100 Wir wollen hybride Methoden, die auf die Union angewendet werden, öffentlich
1101 diskutieren, in Medienkompetenz und strategische Kommunikation als Mittel gegen
1102 feindselige Propaganda investieren und entschlossen gegen Versuche, die Union zu
1103 spalten und zu schwächen, vorgehen. Dies soll nicht durch eine zentrale Instanz,
1104 sondern durch die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen geschehen.

1105 **Verbesserung des Außengrenzschatzes (siehe Papier Asyl & Migration)**

1106 **Digitalisierung: ein innovatives Europa der** 1107 **Chancen**

1108 **Herausforderung**

1109 Forschung und Entwicklung sind wesentliche Motoren für Innovation,
1110 wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit und damit unabdingbar für
1111 die zukünftige Absicherung unseres Wohlstands. Die EU hinkt bei den
1112 Forschungsinvestitionen Nordamerika und asiatischen Staaten hinterher und droht,
1113 im globalen Wettbewerb noch stärker abgehängt zu werden. Das gemeinsame Ziel
1114 einer EU-weiten Forschungsquote von 3% des BIPs liegt noch in weiter Ferne.
1115 Während Österreich neben Schweden, Deutschland und Dänemark in Europa zu den
1116 Spitzenreitern zählt, schaffen neue Mitgliedstaaten den Anschluss nicht und
1117 haben mit stagnierenden Budgets und Brain-Drain zu kämpfen. Die EU hat in der
1118 Vergangenheit wichtige internationale Großforschungsprojekte auf den Weg
1119 gebracht. Diese sind budgetär eine große Herausforderung und müssen nicht in
1120 Jahren, sondern Jahrzehnten gedacht werden.

1121 Im Vergleich zu anderen Kapitalmärkten – wie den USA und Israel – schafft Europa
1122 es nicht, im gleichen Ausmaß Risikokapital bereitzustellen. Die Möglichkeiten
1123 des Europäischen Investment Fonds werden nicht ausreichend genutzt und die
1124 Vernetzung mit Forschungsrahmenprogrammen der EU steckt noch in den
1125 Kinderschuhen.

1126 Das gemeinsame europäische Wettbewerbsrecht ist eines der stärksten und
1127 effektivsten Werkzeuge der EU am gemeinsamen Binnenmarkt. Für den digitalen
1128 Binnenmarkt und die Datenwirtschaft braucht es eine Anpassung, die den Wert von
1129 Daten und den Umgang mit ihnen als wichtigste Ressource der Zukunft
1130 berücksichtigt.

1131 In vielen Gebieten Europas mangelt es nach wie vor an einem sicheren Zugang zu
1132 schnellem Internet. Der Infrastrukturausbau ist Angelegenheit der einzelnen
1133 Mitgliedstaaten und leider vielerorts ins Stocken geraten. Dies verursacht
1134 erhebliche Kosten und stellt eine zusätzliche Barriere im freien Datenfluss dar
1135 und steht damit gerade in strukturschwachen Regionen der Innovation und
1136 Weiterentwicklung im Weg.

1137 Rechtsunsicherheiten und Durchsetzungsdefizite von geltendem Recht in Bezug auf
1138 neue Technologien und Geschäftsmodelle (z.B. Fintech, Blockchain, Künstliche
1139 Intelligenz oder Genome Editing) stellen eine weitere Hürde für
1140 gesamteuropäische Innovationen dar. Einige große Unternehmen haben sich in einem
1141 quasi-rechtsfreien Raum Vorteile verschafft, während Startups oft an
1142 kleinlichen, nationalen Vorschriften scheitern. Entscheidungsträger_innen
1143 verstehen oft nicht, wie disruptive Technologien funktionieren. Neue und
1144 kurzsichtige Gesetze bergen die Gefahr der Überregulierung und hemmen
1145 Investitionen und Innovation. Die schwierige politische Aufgabe besteht darin,
1146 die potenziell negativen Auswirkungen solcher Technologien abzufangen und
1147 gleichzeitig das Innovationspotenzial in Forschung und Entwicklung voll zu
1148 nutzen.

1149 **Vision**

1150 Die Europäische Union ist zum Kontinent der Gründer_innen und damit zum
1151 innovativsten Wirtschaftsraum der Welt geworden. Anstatt Innovation mit
1152 nationalstaatlichen Alleingängen zu behindern, gestalten die Mitgliedstaaten die
1153 Digitalisierung aktiv. Bürokratische Hürden wurden weitgehend abgebaut. Für neue
1154 Technologien gibt es klare und einheitliche Regeln, die einen sinnvollen Einsatz
1155 ermöglichen.

1156 Der europäische Hochschul- und Forschungsraum hat weiter an Bedeutung gewonnen.
1157 Er zeichnet sich durch hohe Durchlässigkeit und Mobilität der Forscher_innen und
1158 Studierenden aus. In einer Vielzahl der Mitgliedstaaten gibt es ausgezeichnete
1159 Forschungs- und Lehrinstitutionen. Das 3%-Ziel für die Forschungs- und
1160 Entwicklungsgelder wurde erreicht und die Finanzierung auf sichere Beine
1161 gestellt. Es gibt eine bessere Verzahnung von Forschung und Entwicklung mit
1162 internationalen Geldgeber_innen und Unternehmen. Dadurch kann Europa auch im
1163 Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen.

1164 Durch die Anziehung von Risikokapital, das neue Wettbewerbsrecht und effektive
1165 und vorausschauende Regulierungen konnten nachhaltige und innovative
1166 Wirtschaftszweige in Europa angesiedelt werden. Der Infrastrukturausbau verhalf
1167 allen Regionen zu Profiteuren der Digitalisierung zu werden.

1168 **Leitlinien und Maßnahmen**

1169 **Deutliche Erhöhung des Forschungsbudgets und neue europäische** 1170 **Großforschungsprojekte**

1171 Wir fordern eine weitere Stärkung des europäischen Hochschul- und
1172 Forschungsraums durch eine Erhöhung des Budgets für „Horizon Europe“ auf 110 Mrd
1173 Euro und eine Verdoppelung des Erasmus-Budgets auf 30 Mrd Euro, wie von der
1174 Kommission vorgeschlagen. Die Schwerpunkte müssen auf einer verstärkten
1175 Durchlässigkeit und vereinfachten Mobilität von Studierenden und Forscher_innen
1176 und der besseren Verschränkung von Forschung und Industrie liegen. Außerdem
1177 müssen neue gesamteuropäische Großforschungsprojekte auf den Weg gebracht und
1178 mit angemessener Finanzierung ausgestattet werden. Sie sollen Leuchtturmprojekte
1179 im Bereich der internationalen und kooperativen Forschung darstellen.

1180 **Mehr Risikokapital für Forschung und Innovation**

1181 Der Europäische Investmentfonds (EIF) muss in seiner Arbeit gestärkt werden und
1182 mehr Flexibilität bekommen. Auf nationaler Ebene sollen Anreize für Stiftungen
1183 und Pensionsfonds geschaffen werden, um das Potential des europäischen Venture
1184 Capital-Markts zu heben. Es muss einfachere und klarere Regeln auf
1185 gesamteuropäischer Ebene geben. Es braucht den Beschluss einer Initiative
1186 „Invest in Europe“, um – in Kooperation mit den Nationalstaaten und Regionen –
1187 nachhaltige und zukunftssträchtige Wirtschaftszweige in Europa anzusiedeln.
1188 Europäisches und internationales Risikokapital soll durch attraktive,
1189 einheitliche Steuerbegünstigungen für Investitionen in forschungsorientierte
1190 Unternehmensneugründungen und Innovationsprojekte angezogen werden. Die
1191 Europäische Investitionsbank soll *R&D-Bonds* auflegen, die zusätzlich für

1192 ausreichende Finanzierung innovativer Unternehmen sorgen. Der Vorschlag der
1193 Kommission bezüglich Einrichtung eines European Innovation Council soll
1194 vollständig umgesetzt werden.

1195 **Stärkung der Hochschul- und Forschungsinfrastruktur in den jüngsten EU-** 1196 **Mitgliedstaaten**

1197 Durch gezielten Einsatz von Mitteln aus den Strukturfonds sowie Teaming und
1198 Twinning mit Top-Institutionen wollen wir Forschungs- und Bildungseinrichtungen
1199 in weniger entwickelten Regionen stärken. Das Entwicklungspotenzial von
1200 Universitäten in neuen EU-Mitgliedstaaten soll bei der Vergabe von
1201 Forschungsgeldern berücksichtigt werden.

1202 **Neues europäisches Wettbewerbsrecht**

1203 Damit die europäische WBP stärker werden kann, muss sie sich weiterentwickeln.
1204 Aus Sicht der Wettbewerbspolitik ist entscheidend, dass Kriterien zur
1205 Betrachtung der Marktmacht nicht ausschließlich durch betriebswirtschaftliche
1206 Größen (z.B. Umsatz) festgemacht werden, sondern auch durch eine Konzentration
1207 von neuen Daten und Informationen (den "neuen Rohstoffen"). So wie im 19.
1208 Jahrhundert ausgefeilte Regeln für geistiges Eigentum formuliert wurden, bedarf
1209 es neuer Gesetze, um den Besitz und den Austausch von Daten zu regeln, um den
1210 Einzelnen solide Rechte zu verleihen. Wettbewerbshüter sollen Fusionen genau
1211 prüfen, um Innovationen durch einen freien Markt auch bei digitalen Angeboten zu
1212 schützen.

1213 **Ausbau der digitalen Infrastruktur**

1214 Der europaweite Ausbau der digitalen Infrastruktur soll Innovationen in allen
1215 Regionen fördern. Intelligente Spezialisierung ist bereits jetzt ein wichtiger
1216 Bestandteil der Kohäsionspolitik 2014-2020. Im nächsten mehrjährigen
1217 Finanzrahmen (MFR) soll die Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen und
1218 Innovationen zur regionalen Entwicklung verstärkt Niederschlag finden. Damit
1219 alle Regionen gleichermaßen von der Digitalisierung profitieren, braucht es eine
1220 flächendeckende Verfügbarkeit von ultraschnellen Internetzugängen in ganz
1221 Europa. Außerdem soll der Kommissionsvorschlag zur Schaffung eines europäischen
1222 Daten-Binnenmarkts umgesetzt werden, der nationale Regeln zur lokalen
1223 Speicherung ersetzt.

1224 **Vorausschauende Regulierungen für disruptive Technologien**

1225 Es braucht eine gesamteuropäische Initiative für die vorausschauende Regulierung
1226 disruptiver Technologien, um das volle Innovationspotential nutzen zu können und
1227 möglichst gute Rahmenbedingungen für Investor_innen und Forscher_innen zu
1228 schaffen. Dazu sollen auf europäischer Ebene so schnell wie möglich sogenannte
1229 *regulatory sandboxes* geschaffen werden, in denen Unternehmen und Politik
1230 gemeinsam Erfahrungen mit neuen Technologien sammeln können. Regulierungen
1231 müssen flexibel genug gestaltet werden, dass sie auf möglichst viele
1232 Technologien effektiv angewendet werden und nicht, wenn sie in Kraft treten,
1233 bereits vom technologischen Fortschritt überholt worden sind.

1234 **Verantwortungsbewusste Nutzung der Blockchaintechnologie**

1235 Europa muss in der Verwendung der Blockchaintechnologie zum Vorreiter werden, um
1236 sich seinen Platz in der digitalen Welt zu sichern. Rechtsunsicherheit muss rund
1237 um die Bereiche Blockchains, Smart Contracts, Kryptowährungen, Initial Coin
1238 Offerings (ICOs), Security Token Offerings (STOs) und Dezentrale Autonome
1239 Organisationen (DAOs) beendet werden. Für private Investor_innen und
1240 Unternehmer_innen müssen europaweit klare Regeln und Möglichkeiten geschaffen
1241 werden. Gerade im öffentlichen Bereich gibt es eine Vielzahl von
1242 Anwendungsbereichen der Blockchains. Die europäische Bürokratie könnte hier in
1243 der Anwendung zum Vorreiter werden und die Weiterentwicklung und
1244 Effizienzsteigerung von Verwaltungssystemen in der gesamten Union vorantreiben.

1245 **Fortschritt durch künstliche Intelligenz (KI)**

1246 Wir fordern eine bessere Koordination und das Teilen von Best-Practices beim
1247 Thema KI, insbesondere in den Bereichen Forschung, Entwicklung von Talenten,
1248 Zukunft der Arbeit, Industrie und Verwaltung, Inklusion, Ethik, Daten und
1249 digitale Infrastruktur. KI macht unser Leben bereits jetzt leichter. Mit den
1250 richtigen Richtlinien können wir auf eine Zukunft mit KI-Systemen hinarbeiten,
1251 von der alle profitieren.

1252 **Arbeit und Soziales: ein leicht zugänglicher** 1253 **Arbeitsmarkt schafft europäische Perspektiven** 1254 **Herausforderung**

1255 Die Arbeitswelt ist im Umbruch. Durch die Digitalisierung verändern sich
1256 Berufsbilder und wirtschaftliche Abläufe. Die Arbeit wird durch den
1257 technologischen Fortschritt unabhängiger vom Aufenthaltsort der Menschen.
1258 Gleichzeitig gibt der gemeinsame Binnenmarkt Arbeitnehmer_innen die Möglichkeit,
1259 grenzüberschreitend in Unternehmen eingesetzt zu werden. Viele
1260 Arbeitnehmer_innen kommen mit diesem Wandel nicht wirklich zurecht. Es zeigt
1261 sich auch, dass die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt und die sozialen
1262 Institutionen diesem Wandel noch nicht genug Rechnung tragen.

1263 Neue Technologien erfordern eine Veränderung von (Aus-)Bildungs- und
1264 Lernangeboten. Lebenslanges Lernen und das Erwerben von vielseitigen Kompetenzen
1265 werden immer wichtiger. Die Arbeitnehmer_innen der Zukunft müssen sich auf
1266 ständig ändernde Anforderungen einstellen und fit für die Digitalisierung
1267 gemacht werden. Dadurch kann ganz Europa von Innovation profitieren.

1268 Wer in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union arbeiten möchte, ist
1269 noch immer mit zahlreichen bürokratischen Hürden konfrontiert. Vielfach ist
1270 unklar, wo welche Abschlüsse und Ausbildungen anerkannt werden oder ob der
1271 Erwerb von Sprachkenntnissen gefördert wird. Sozialsysteme sind nicht immer gut
1272 auf einander abgestimmt oder verständlich. Es gibt meist komplexe
1273 Regelungssysteme und unterschiedliche Versicherungsregime, die verschiedene
1274 Personengruppen unterschiedlich behandeln. Dies führt oft zu großer Unsicherheit
1275 bei Übertritten von Arbeitnehmer_innen von einem in ein anderes Sozialsystem.
1276 Sozialversicherungsrecht und Aufenthaltsrecht werden nicht zusammen gedacht und

1277 erarbeitet. Für den/die Einzelnen/ Einzelne mangelt es an Transparenz bezüglich
1278 bereits erworbener Versicherungs-/Beitragsleistungen (z.B. Pensionen) im
1279 gesamten EU-Gebiet. Das macht es häufig schwierig, in einem anderen
1280 Mitgliedstaat Fuß zu fassen.

1281 Nicht alle sehen Chancen in einem gemeinsamen Arbeitsmarkt und der damit
1282 verbundenen höheren Mobilität der Arbeitnehmer_innen. Diese ruft auch
1283 Protektionist_innen und Nationalist_innen auf den Plan. Die
1284 Arbeitnehmerfreizügigkeit – und damit eine der Grundfreiheiten der Europäischen
1285 Union – gerät zunehmend unter Druck. Für viele Unionsbürger_innen gibt es keine
1286 Beratungsstellen, keine Lobby und oft keine Möglichkeit, unbürokratisch
1287 Hilfestellungen zu erhalten, wenn sie in einem Mitgliedstaat diskriminiert
1288 werden und das obwohl sie am Papier die gleichen Rechte genießen.

1289 Die Arbeitsmarktsituationen innerhalb der Europäischen Union sind noch immer
1290 höchst unterschiedlich. In manchen Staaten der EU ist die Jugendarbeitslosigkeit
1291 so hoch wie noch nie. Dieses Ungleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten
1292 schadet auf Dauer der gesamten EU und raubt vielen Jugendlichen die Zukunft.
1293 Gerade die Unterschiede bei der Jugendarbeitslosigkeit sind Ausdruck
1294 höchstunterschiedlicher (Ausbildungs-)Systeme und ökonomischer Entwicklungen im
1295 Zuge der Finanzkrise. Ein gemeinsamer Arbeitsmarkt mit hoher Mobilität von
1296 jungen, motivierten Arbeitskräften ist aufgrund verschiedener institutioneller
1297 und anderer Hürden nicht erkennbar.

1298 **Vision**

1299 Innerhalb des Europäischen Binnenmarkts gibt es einen funktionierenden
1300 gemeinsamen Arbeitsmarkt. In der Europäischen Union ist die Mobilität von
1301 Arbeitnehmer_innen problemlos geworden. Aus diesem Grund werden, unabhängig von
1302 der Art der Ausbildung, Sprachkenntnisse stärker vermittelt.

1303 Nationale Bildungssysteme bilden in den Lehrplänen die neuen Anforderungen des
1304 Arbeitsmarktes ab. Für Ausbildungen gibt es einheitliche Standards. Die
1305 Anerkennung funktioniert leicht und unbürokratisch.

1306 EU-Bürger_innen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union
1307 arbeiten, haben Zugang zu Beratungsstellen und bekommen rasch Hilfe und
1308 Beratung, wenn sie diese brauchen. Austauschprogramme wie Erasmus werden
1309 ausgebaut. Alle jungen Menschen haben die Möglichkeit, während ihrer Ausbildung
1310 in andere EU-Mitgliedstaaten zu gehen und dort zu lernen. Insbesondere für
1311 Lehrlinge wurden diese Möglichkeiten ausgebaut. Damit werden Blockaden in den
1312 Köpfen gelöst und Perspektiven geschaffen, die schlussendlich zu einer engeren
1313 Union führen.

1314 Jobsuche und Bewerbung sowie An- und Abmeldung bei unterschiedlichen
1315 Sozialversicherungsträgern sind unbürokratisch möglich. Es gibt treffsichere,
1316 transparente und flexible soziale Sicherungssysteme, die neue Formen des
1317 Arbeitens und der Mobilität abdecken. Versicherungs- und Pensionszeiten werden
1318 automatisch angerechnet, die Kooperation zwischen verschiedenen nationalen
1319 Behörden ist weitgehend automatisiert.

1320 Sämtliche Ansprüche sind in einem zentralen europäischen Pensionskonto abrufbar.
1321 Gleichzeitig werden auf den nationalen Konten (in Österreich: "Pensionskonto")
1322 Ansprüche aus dem EU-Ausland angezeigt.

1323 Sozialleistungen werden im Sinne der Subsidiarität nach wie vor auf nationaler
1324 Ebene geregelt. Dort, wo es notwendig ist, werden europaweite Mindeststandards
1325 gesetzt. Es gibt jedoch besseren Datenaustausch und -abgleich und Vernetzung
1326 zwischen den nationalstaatlichen Behörden, was den Zugang zu Sozialleistungen
1327 für Unionsbürger_innen einfacher macht.

1328 **Leitlinien und Maßnahmen**

1329 **Ausbau von Mobilitätsprogrammen und Sprachkenntnissen**

1330 Erasmus ist eine echte europäische Erfolgsgeschichte. Um die Mobilität von
1331 Unionsbürger_innen zu erhöhen und den europäischen Arbeitsmarkt zu stärken,
1332 müssen zuerst Barrieren in den Köpfen der Menschen abgebaut werden. Es ist daher
1333 notwendig, Austauschprogramme und Mobilitätsprogramme voranzutreiben und
1334 auszubauen. Insbesondere im Bereich der Schulen, der Lehrausbildung und anderen
1335 nicht universitären Bereichen soll ein Austausch stärker in den Vordergrund
1336 rücken. Ebenso verhält es sich mit Sprachkenntnissen, die als maßgebliche
1337 Qualifikation auf einem europäischen Arbeitsmarkt gefragt sind. Die Sprache gibt
1338 den Menschen das Werkzeug in die Hand, auf dem Arbeitsmarkt zu partizipieren und
1339 erfolgreich zu sein.

1340 **Leichtere und zentrale Anerkennung von Ausbildung und Vorbildung**

1341 Insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich muss der Nationale
1342 Qualifikationsrahmen an den Europäischen Qualifikationsrahmen angeglichen
1343 werden. In Bereichen, in denen besonders hohe innereuropäische Mobilität gegeben
1344 ist, stehen wir vor der Herausforderung, die nationalen Ausbildungen und
1345 Fähigkeiten europaweit leichter anrechenbar und nachweisbar zu machen. Nach dem
1346 Vorbild des österreichischen Gesundheitsberuferegister sollen in einer
1347 europaweit zentralen Datenbank standardisierte Ausbildungsnachweise gespeichert
1348 werden können.

1349 **Export des österreichischen Erfolgsmodells der „dualen Ausbildung“**

1350 Die österreichische duale Ausbildung (Lehre) ist ein Erfolgsmodell und wirkt
1351 sich positiv auf die Jugendbeschäftigung aus. Die kombinierte Berufsausbildung
1352 in einem Betrieb und in der Berufsschule muss auch in andere EU-Staaten
1353 exportiert werden. Österreich kann damit innerhalb der EU mit Know-How und
1354 Wissenstransfer punkten und einen Beitrag dazu leisten, die
1355 Jugendarbeitslosigkeit in der EU dramatisch zu senken. Gleichzeitig können
1356 dadurch wirtschaftliche Kontakte geknüpft und vertieft werden, um beispielsweise
1357 dringend benötigte Fachkräfte nach Österreich zu holen.

1358 **Auf- und Ausbau von Beratungsstellen für Expats**

1359 Beratungsstellen für Unionsbürger_innen in Mitgliedstaaten sollen ausgebaut
1360 werden, der existierende Dienst "SOLVIT" ist viel zu wenig bekannt. EU-
1361 Bürger_innen haben selten eine Interessensvertretung in den jeweiligen Ländern.

1362 Vor dem Gesetz sind sie in den meisten Belangen gleichgestellt. Kommt es dennoch
1363 zu Problemen oder Diskriminierung, gibt es wenig Hilfestellung. Es braucht also
1364 nicht nur einen Bürokratieabbau, sondern gleichzeitig auch unbürokratische
1365 Hilfestellung bei Problemfällen, um europäisches Recht auch in der Praxis und
1366 nicht nur am Papier zu gewährleisten.

1367 **Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer**

1368 Wir fordern die Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer. Ein
1369 gemeinsames System erleichtert es, Daten aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten
1370 rasch und unbürokratisch dort zur Hand zu haben, wo Erwerbstätige einen Antrag
1371 auf eine Leistung stellen. Die Daten werden von den jeweiligen Mitgliedstaaten,
1372 in denen gerade gearbeitet wird, gesammelt und die Versicherungszeiten
1373 sämtlicher Pflichtversicherungen (Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung,
1374 Pensionsversicherung, Unfallversicherung, etc.) gespeichert. Somit können sie im
1375 Bedarfsfall über die europäische Sozialversicherung gesammelt, abgerufen und
1376 verwendet werden. Dies erleichtert Mobilität innerhalb der Europäischen Union
1377 und ist ein Schritt hin zu einem gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt, der auf
1378 Angebot und Nachfrage basiert. Ein Pensionsantritt soll, unabhängig davon, in
1379 welchem Mitgliedsstaat man sich aufhält, unbürokratisch möglich sein. Die
1380 geforderte europäische Sozialversicherungsnummer erleichtert die Koordination
1381 und Kommunikation zwischen den Behörden. Aufreibende Korrespondenz und
1382 bürokratische Zick-Zack-Läufe zwischen nationalstaatlichen Behörden sind so
1383 nicht mehr notwendig. So soll zum Beispiel eine spanische Behörde auch Auskunft
1384 für in Österreich erworbene Ansprüche geben können.

1385 **Leistungen von staatlichen Pflichtversicherungen unabhängig vom Wohnsitz**

1386 Bei manchen Versicherungsleistungen gibt es Probleme, wenn man Leistungen daraus
1387 beziehen will und seinen Wohnsitz in einem anderen EU-Land hat. Gerade im
1388 Bereich der Pflege und den staatlichen Pflegeversicherungen in Deutschland oder
1389 den Niederlanden ist ein Bezug in Österreich oft nicht möglich. Hier muss
1390 künftig gewährleistet sein, dass alle, die in solche Versicherungssysteme
1391 eingezahlt haben, auch Leistungen beziehen können, egal in welchem EU-Land sie
1392 leben. Es soll in keiner staatlichen Pflichtversicherung zu Diskriminierungen
1393 kommen, die die innereuropäische Arbeits- und Wohnsitzmobilität behindern.

1394 **Keine Sozialtransferunion. Leichtere Vergleichbarkeit und Weiterentwicklung 1395 europäischer Sozialsysteme durch Benchmarking**

1396 Sozialstaatliche Aufgaben sollen nach Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auch
1397 in Zukunft nationale Aufgabe bleiben. Indem ein einheitliches Benchmarking
1398 geschaffen wird, soll es Mitgliedstaaten einfacher gemacht werden, voneinander
1399 zu lernen. Die Vergleichbarkeit der einzelnen sozialstaatlichen Maßnahmen
1400 (faktisches Pensionsantrittsalter, Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Inklusion)
1401 wird dadurch erleichtert und auch Mindeststandards können so einfacher umgesetzt
1402 werden.

1403 **Umwelt und Energie: ein nachhaltiges Europa 1404 sorgt für eine hohe Lebensqualität**

1405 **Herausforderung**

1406 Die Natur ist unser „Lebenserhaltungssystem“, deshalb müssen wir sorgsam mit ihr
1407 umgehen. Gemeinsam nutzen wir Ressourcen wie Wasser, Luft und natürliche
1408 Lebensräume. Wir haben zu ihrem Schutz gemeinsame Umweltnormen. Die Europäische
1409 Union steht vor der Herausforderung, auf die nachweislich vom Menschen
1410 verursachten Veränderungen des Klimas Antworten zu finden und parallel dazu den
1411 Treibhausgasausstoß gemäß der Ziele des Pariser Klimavertrages zu reduzieren.
1412 Damit können wir unsere Überlebensgrundlage und Lebensqualität nachhaltig
1413 sichern. Beides sind gewaltige politische Projekte, die eine verbindliche
1414 Strategie und langfristige Maßnahmen erfordern. Aufgrund der möglicherweise
1415 katastrophalen, destabilisierenden Folgen des Klimawandels ist das dringend
1416 notwendig.

1417 Der ökologische Fußabdruck der industrialisierten Welt ist enorm und die
1418 Konkurrenz um Ressourcen wird mit der weiteren Entwicklung, dem
1419 Wohlstandszuwachs sowie der fortschreitenden Urbanisierung in Schwellenländern
1420 stärker werden. Wesentliche Hebel, um diese Entwicklung einzubremsen, wie die
1421 Steigerung von Ressourceneffizienz, umweltfreundliche Produktionsverfahren oder
1422 Ökoinnovation, bleiben unterentwickelt. Die Müllentwicklung ist nach wie vor
1423 besorgniserregend. Ein großer Teil unseres Abfalls landet auf immer größer
1424 werdenden Deponien und teilweise auch in den Weltmeeren. Besonders problematisch
1425 ist die drastische Zunahme von Plastikmüll, der in Form von Mikroplastik bereits
1426 in fast allen Ökosystemen und Nahrungsketten nachweisbar ist und auch für den
1427 Menschen eine Gesundheitsgefahr darstellt.

1428 Durch die Intensivierung der Land- und Forstwirtschaft, der damit verbundenen
1429 Nutzung von Pestiziden und Monokulturen sowie durch die Ausbreitung von Wohn-,
1430 Wirtschafts-, und Verkehrsflächen hat die Artenvielfalt in Europa in den letzten
1431 Jahrzehnten stark abgenommen. Gleichzeitig üben invasive Arten zusätzlichen
1432 Druck aus. Diese Entwicklungen gefährden nicht nur bestehende Ökosysteme und
1433 heimische Arten, sondern haben langfristig negative Auswirkungen auf
1434 Landwirtschaft, Gesundheit sowie Natur- und Klimaschutz. Die Agrarförderpolitik
1435 orientiert sich an den Fragen von gestern und nicht an den Herausforderungen von
1436 morgen.

1437 Obwohl in der EU Energieregeln auf supranationaler Ebene festgelegt werden, muss
1438 sich die Union in der Praxis mit 28 (bald 27) nationalen Versorgungs- und
1439 Regulierungssystemen auseinandersetzen. Diese werden zusätzlich jeweils stark
1440 von innenpolitischen Anliegen und außenpolitischen Standpunkten beeinflusst.
1441 Nationale Steuer- und Fördersysteme sind oft nicht an die Notwendigkeiten der
1442 Energiewende angepasst und bevorzugen fossile Energiequellen.

1443 Heizen und Kühlen stellen die Hälfte des EU-Energieverbrauchs dar. Gerade
1444 grenzüberschreitend gibt es zu wenige Verbindungen innerhalb des Energiesektors.
1445 So bleibt die industrielle Abwärme in den Regionen meist ungenutzt, anstatt
1446 diese zum Heizen wiederzuverwenden.

1447 Einer der Sektoren, der die CO₂-Bilanz am meisten belastet, ist der Verkehr.
1448 Dieser ist oft ineffizient organisiert. Gerade was die internationale Planung

1449 innerhalb der EU betrifft, hinkt die Realität den Vorstellungen und
1450 Erfordernissen hinterher.

1451 **Vision**

1452 Die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen wird stets verbessert und ist
1453 weitgehend sichergestellt. Umweltbedingte Belastungen, Gesundheitsrisiken und
1454 Beeinträchtigungen werden sukzessive abgebaut. Die Sauberkeit des Trinkwassers
1455 und der Badegewässer ist gewährleistet, die Luftqualität verbessert sich und
1456 Lärm wird reduziert. Genauso werden die Auswirkungen schädlicher Chemikalien
1457 eingedämmt und weitgehend beseitigt. Energiewende und „Green Economy“ haben sich
1458 als zukunftsweisende Konzepte erwiesen und ermöglichen den Umbau zu nachhaltigem
1459 Wirtschaften auf Basis einer freien Marktwirtschaft. Nach diesen Konzepten wird
1460 das Klima geschützt, es werden langfristig Arbeitsplätze geschaffen, die Armut
1461 verringert und soziale Stabilität erreicht. Naturräume werden auch im
1462 Zusammenwirken mit einer nachhaltigen Landwirtschaft dauerhaft geschützt und die
1463 Artenvielfalt gesichert. Nach Ausweisung aller EU-weiten Schutzgebiete gibt es
1464 umfassende Managementpläne für schützenswerte Naturräume.

1465 Die EU ist Vorreiter bei der Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und
1466 von COP23. Dabei werden Innovationsfähigkeit und Forschungspolitik in den
1467 Mittelpunkt gerückt. Die Dekarbonisierung wird zügig vorangetrieben und Carbon-
1468 Management hilft bei der Abschätzung der Wirkung von Investitionen und
1469 industriepolitischen Maßnahmen. Kreislaufwirtschaft ist flächendeckend in
1470 Anwendung und ermöglicht ressourcenoptimiertes, abfallarmes Wirtschaften ohne
1471 Plastikverpackungen und Wegwerfprodukte. Kupfer, Gold und andere Edelmetalle
1472 werden aus Elektroschrott zu Kosten extrahiert, die mit denen des Abbaus von
1473 Erzen vergleichbar sind.

1474 Die Energieunion sorgt für eine reibungslose und sektorübergreifende
1475 Transformation des Energiesystems Richtung erneuerbare Energien,
1476 Energieeffizienz und Flexibilität. Sie senkt die Abhängigkeit von öl- und
1477 gasexportierenden Ländern. Der EU-Emissionshandel wurde zu einem effizienten
1478 Tool der Dekarbonisierung in allen Sektoren und hat den Weg für eine europaweite
1479 CO₂-Steuer geebnet. Regionale Vernetzung im Energiebereich hilft,
1480 Versorgungssicherheit zu stärken und länderübergreifende Synergien zu nutzen.
1481 Damit wird Europa insgesamt wirtschaftlich gestärkt. Grenzüberschreitende
1482 Kooperationen führen dazu, dass erneuerbare Energien dort gefördert werden, wo
1483 sie am kostengünstigsten erzeugt werden können. Europa gelingt es, zum
1484 Innovationsführer eines globalisierungsfähigen Wirtschaftsmodells zu werden. Dem
1485 bewussten Umgang mit Energie und anderen Rohstoffen kommt dabei eine
1486 Schlüsselrolle zu.

1487 Der Personen- und Warenverkehr wird möglichst umwelt- und ressourcenschonend
1488 abgewickelt. Fehlentwicklungen wie die „Lagerhaltung durch Lastkraftwagen“
1489 gehören der Vergangenheit an, Warenströme bewegen sich, angepasst an das
1490 jeweilig sinnvollste Transportmittel, mit höchster Effizienz.

1491 **Leitlinien und Maßnahmen**

1492 **Neue Konzepte für Naturraummanagement**

1493 Die EU hat in den letzten Jahrzehnten mit der einheitlichen Definition von
1494 Naturschutzgebieten viel für den Erhalt von Naturräumen und Arten erreicht. Der
1495 nächste Schritt müssen Maßnahmen zum weiteren Management dieser ausgewiesenen
1496 Gebiete sein. Das wurde bislang vernachlässigt. Daher fordern wir verstärkte
1497 Einbindung der Regionen und Impulse, um mehr Bewusstsein für das Thema zu
1498 schaffen. Gleichzeitig ergeben sich Beschäftigungsmöglichkeiten, die nicht nur
1499 in der Ressourcennutzung, sondern auch im -erhalt liegen. Das vielfältige
1500 Naturerbe und die Artenvielfalt Europas können so auch zukünftig bewahrt werden.

1501 **Kreislaufwirtschaftsschwerpunkt**

1502 Effiziente Kreislaufwirtschaft beginnt bereits bei nachhaltigem Produktdesign
1503 sowie innovativer Produktentwicklung. Der Einsatz von Einwegkunststoffen und
1504 kaum stofflich wiederverwertbaren Verbunden muss drastisch reduziert werden.
1505 Weiters müssen Reparaturnetzwerke verstärkt und die Verfügbarkeit von
1506 Ersatzteilen von Seiten der Hersteller gegeben sein. Die Zukunft nachhaltigen
1507 Wirtschaftens liegt in weitgehend geschlossenen Stoffkreisläufen und in
1508 effizienter kaskadischer Nutzung. Die Transformation der europäischen Industrie
1509 muss hier einen Schwerpunkt erhalten. So wird der Rohstoffverbrauch sukzessive
1510 verringert und damit auch die Importabhängigkeit. Wir bestärken die EU-
1511 Kommission daher in ihren Vorhaben, die Kreislaufwirtschaft durch EU-
1512 einheitliche Standards für Sekundärrohstoffe zu unterstützen und die
1513 Handelbarkeit von Sekundärrohstoffen in der EU zu ermöglichen. Außerdem soll
1514 Urban Mining vorangetrieben werden, um mittelfristig mit dem Abbau von
1515 Rohstoffen kostenmäßig mithalten zu können. Mit ehrgeizigen Zielen und
1516 innovativen Maßnahmen können wir so auch eine globale Vorreiterrolle in
1517 Abfallvermeidung sowie Recycling einnehmen.

1518 **Weiterentwicklung der Energieunion**

1519 Der rasche Ausbau der europäischen Energienetze (TEN-E), vor allem bei Projekten
1520 zur Unterstützung grenzüberschreitender erneuerbarer Energie, führt automatisch
1521 dazu, dass die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zurückgeht. Je weiter
1522 die Netze ausgebaut sind, desto einfacher wird die Integration von erneuerbaren
1523 Energieträgern. Als kleine Volkswirtschaft profitiert Österreich besonders von
1524 einer Energieunion – wenn auch nicht von allen Aspekten im gleichen Ausmaß. Die
1525 österreichische Regierung soll daher die Vorschläge der Kommission aufnehmen und
1526 unterstützen. Die Energieunion muss ganzheitlich angelegt werden. Es müssen
1527 Stromnetze sowohl in Qualität und Quantität angepasst werden, um den Umstieg auf
1528 ein nachhaltigeres Energiesystem zu ermöglichen. Außerdem sollen
1529 Energiespeichersysteme weiterentwickelt und ausgebaut werden. Ohne den
1530 europaweiten Ausbau von Netzen und Speichern stoßen wir mit erneuerbaren
1531 Energiequellen schnell an unsere Grenzen.

1532 **Neues Strommarktdesign: bessere Anreize und Internalisierung der externen Kosten**

1533 Alle Maßnahmen im Energiebereich sind auf ihre Anreizwirkung zu überprüfen. Für
1534 die Umwelt kontraproduktive Förderungen müssen zeitnah gestrichen werden – laut
1535 Berechnungen des WIFO fließen allein in Österreich 3,8 bis 4,7 Mrd Euro pro Jahr

1536 in solche Förderungen. Das aktuell in Verhandlung befindliche neue EU-
1537 Strommarktdesign sollte die nachhaltige und effiziente Weiterentwicklung der
1538 Strommärkte in Richtung effiziente Marktintegration der Erneuerbaren
1539 sicherstellen. Kriterium muss technische und finanzielle Machbarkeit sein. Ein
1540 Fördersystem, das Milliarden kostet und gleichzeitig die Versorgungssicherheit
1541 gefährdet, kann nicht die Lösung sein. Wir fordern daher ein deutlich
1542 marktnäheres Ökostromgesetz.

1543 **Dekarbonisierung vorantreiben: Einführung einer europaweiten CO2-Abgabe**

1544 Wir fordern die Stärkung der Ökologisierung der Steuersysteme durch eine CO2-
1545 Abgaben-Richtlinie. Die aktuelle Richtlinie zur Besteuerung von
1546 Energieerzeugnissen und elektrischem Strom ist veraltet und nicht ausreichend.
1547 Eine Richtlinie für CO2-Abgaben muss jedenfalls eine einheitliche
1548 Bemessungsgrundlage für Emissionen und Mindeststeuersätze beinhalten, um CO2 –
1549 unabhängig davon, um welche Energiequelle es sich handelt – gleichmäßig zu
1550 belasten. Damit soll mittel- bis langfristig auf eine europaweite CO2-Abgabe
1551 abgezielt werden. Dem derzeitigen EU-Emissionshandelssystem stehen wir jedoch
1552 nicht ablehnend gegenüber. Als Übergangslösung am Weg zur EU-CO2-Abgabe könnte
1553 der Emissionshandel auf weitere Sektoren – vor allem Verkehr, Wärme und
1554 Landwirtschaft – ausgedehnt werden.

1555 **Carbon-Management für große Projekte einführen**

1556 Zur Erreichung der COP23-Ziele muss Carbon-Management zur Folgenabschätzung von
1557 Großprojekten, insbesondere im Verkehrsbereich, eingeführt werden. Wird durch
1558 ein Projekt ein Mehrausstoß von Treibhausgasen generiert, muss anderswo
1559 eingespart werden. Das hilft, den Mehrausstoß von Treibhausgasen abzuschätzen
1560 und folglich auch Gegenmaßnahmen einzuführen, um europaweit auf dem Zielpfad zu
1561 bleiben.

1562 **Rascher Ausbau der TEN-V-Kernnetzkorridore (TEN-T Core Network Corridors)**

1563 Das Konzept der Paneuropäischen Verkehrskorridore der EU ist das Rückgrat des
1564 effizienten Transports innerhalb Europas. Zur tatsächlichen Umsetzung der Pläne
1565 muss man die Nationalstaaten stärker in die Pflicht nehmen, um die großen Lücken
1566 des Netzes rasch zu schließen. Um den notwendigen Ausbau zu beschleunigen,
1567 sollen europäische Fördermittel innerhalb eines straffen Zeitkorridors
1568 ausgegeben werden. Damit wird Transport in Europa schneller und
1569 umweltfreundlicher und die Bürger_innen der Union wachsen näher zusammen. Die
1570 Wirtschaft wird ebenso gestärkt und der Schadstoffausstoß vermindert.

Begründung

Anmerkung: Programmkomitee bestehend aus:

Beate Meinl-Reisinger, Niki Scherak, Claudia Gamon, Douglas Hoyos, Dominik Oberhofer,
Lukas Lerchner, Indra Collini, Friedhelm Frischenschlager und Wolfgang Streitenberger.